

Volksrecht

für Schlesien

Mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“ „Rundfunk“ „Sozialistische Literatur-Rundschau“ „Für die Frauen“ „Arbeiter-Sportbewegung“ u. der monatlichen Beilage „Für die Arbeiter-Jugend“

Bezugspreis: Die „Volksrecht“ erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expedition Hirschstr. 4/6, durch die Neben-Expeditionen... (Details omitted for brevity)

Organ für die werktätige Bevölkerung

Verlagort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2
Jernsprech-Anschlüsse Geschäftsstelle Ring 1206, Redaktion Ring 3141
Postfach-Konto: Postfach-Nr. 5852, Danzonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, III. Breslau

Anzelgenpreis: Je Zeile 10 Pfennig... (Details omitted for brevity)

Unverlangt eingehende Manuskripte werden nur zurückgeliefert, wenn Rückporto beiliegt

Gegen den Terror der Schwerindustrie

Sozialdemokratische Interpellation im Reichstag.

Die Sozialdemokratische Fraktion hat im Reichstag zu der schwerindustriellen Rebellion folgende Interpellation eingebracht:

„Am 16. Juli 1927 hat der Reichsarbeitsminister auf Grund des § 7 Absatz 1 der Arbeitszeitverordnung die sogenannte Preislichstenerordnung erlassen, die die Arbeitszeit für die Schwerarbeiter in den Stahlwerken, Walzwerken und anderen Anlagen der Grobblechindustrie auf acht Stunden festsetzt. Diese Verordnung soll am 1. Januar 1928 in Kraft treten. Den Unternehmern wurde die Pflicht auferlegt, die erforderlichen Vorbereitungsarbeiten bis zu diesem Termin zu treffen. Damit sollte in der Stahlindustrie eine Arbeitszeit eingeführt werden, die in den englischen Konkurrenzbetrieben seit 25 Jahren besteht und die schon im Jahre 1907 durch einen Beschluß des Deutschen Reichstages gefordert wurde. In einem Gutachten des Reichswirtschaftsrates ist diese Verordnung einstimmig, auch mit den Stimmen der Unternehmer, abgelehnt worden.“

Erwähnt Verhandlungen der Gewerkschaften mit den Unternehmern wegen der mit der Durchführung der Verordnung zusammenhängenden Fragen noch schweben, treten die Werte der deutschen Grobblechindustrie mitten in diesen

Verhandlungen mit einer Rundgebung an die Öffentlichkeit, in der sie Kenntnis geben von ihrer den zuständigen Regierungsstellen ausgeleiteten Betriebsstilllegungsanzeige zum 1. Januar 1928. Die Unternehmer schreiten nicht darauf zurück, schon vor Erschöpfung der Verhandlungsmöglichkeiten und vor Tätigwerden der Schlichtungsbehörden mit der Stilllegung von Hunderttausenden von Arbeitern zu spielen, um ein von ihren eigenen Vertretern gebilligtes Gesetz zu beseitigen, in der Absicht, der Staatsgewalt ihren Willen aufzuzwingen.

Die Stilllegung der deutschen Grobblechindustrie ist ein völlig unübersehbarer Totschlag gegen das gesamte deutsche Wirtschaftsleben, den Staat und das deutsche Volk. Sie würde die Armees der Arbeitslosen riesig vergrößern, das ganze Wirtschaftsleben aufs schwerste erschüttern und der Allgemeinheit unerhörte Lasten durch Arbeitslosenunterstützung und Steuerausfall auferlegen.

Was gedenkt die Reichsregierung zu tun, um die Wahrung des Staatswillens und den Unternehmern gegenüber durchzusetzen, um die Durchführung ihrer Verordnung vom 16. Juli 1927 zu sichern und um die deutsche Wirtschaft und die Finanzen sowie das deutsche Volk vor einer schweren Katastrophe zu bewahren?“

Schützt die Wohnungszwangswirtschaft.

Erste Lesung des Antrags auf Aufhebung der Gutsbezirke im Landtag. — Entlassung kommunistischer Demagoge.

Berlin, 6. Dezember 1927.

Auf der Tagesordnung der Mittwochssitzung des preussischen Landtages steht zunächst der Initiativantrag der drei Regierungsparteien auf

Neuregelung einzelner Punkte des Gemeindeverwaltungsrechtes (Aufhebung der Gutsbezirke). — Im Namen der Regierungsparteien bündet

Abg. Breuer (Soz.) den Antrag: Zur Sache haben wir nichts mehr zu sagen, es handelt sich um Fragen, die der Landtag seit neun Jahren erörtert. Sabotage und Obstruktion der Reichsparteien und der Kommunisten haben bisher die Verabschiedung des neuen Gemeindeverwaltungsrechtes verhindert. Wir haben daher die dringlichsten Punkte herausgegriffen und beantragen, den Entwurf dem 21. Ausschuß zu überweisen.
Abg. Dr. v. Gersdorff (Dnat.): Die Befestigung der Gutsbezirke braucht wirklich nicht über Nacht zu geschehen.
Abg. Dr. v. Eynern (D. Sp.): Den Regierungsparteien ist es nur auf die Hingabe, nicht auf die Richtigkeit angekommen. Die generelle Auflösung der Gutsbezirke würde eine starke Steigerung der Verwaltungskosten herbeiführen. Man müßte in jedem einzelnen Falle prüfen, ob der Gutsbezirk auflösungsfähig ist. (Zurufe links: 12000 Einzelfälle.)
Abg. Kilia (Komm.): Im Kampf für die Auflösung der Gutsbezirke führt die kommunistische Partei (Lachen links.) Damit schließt die Debatte. Das Schlußwort erhält
Abg. Hirsch (Soz.):

Die Mehrheitsparteien haben keinerlei Veranlassung gehabt, mit den Reichsparteien Fühlung zu suchen, nachdem diese gegen die Fertigstellung der Landgemeindeordnung Obstruktion getrieben haben. Die Auflösung der Gutsbezirke wäre bereits in der vorliegenden Landtagsperiode beschlossen worden, wenn nicht schon damals Herr Kilia und seine Freunde im Bündnis mit den Reichsparteien durchgehört hätten, daß die Landesregierung mit der Schaffung der Verfassung ihre Aufgabe als beendet erklärte. Die obige Vorlage stellt einen kleinen Auschnitt aus den Beschlüssen des 21. Ausschusses dar, und wir werden uns angekränkt bemühen, sie trotz der neuen Obstruktion und Drohung des Herrn v. Eynern möglichst rasch zu verabschieden.
Der Vorlage wird dem 21. Ausschuß überwiesen.

Der Ausschußantrag über die Verhinderung der sogenannten Schwarzarbeit wird von dem Abg. Mohrbotter (Wirtsch.) begründet. Danach soll auf die Schwarzarbeit eingewirkt werden, durch gesetzliche Maßnahmen die Schwarzarbeit einzudämmen. — Die Abg. Conrad (Dnat.), Berger (D. Sp.), Köllges (Fr.) und Knieß (Dem.) sprechen sich in zustimmendem Sinne aus, während sich Abg. Kilia (Komm.) gegen den Antrag wendet.

Abg. Thiele (Soz.): Wir werden dem Antrage zustimmen, wenn wir auch nicht der Ansicht sind, daß man mit Gesetzen die Schwarzarbeit beseitigen kann. Es gibt aber eine Selbsthilfe, die darin besteht, mit Hilfe der Behörden ihre Auswüchse einzudämmen. In dieser Beziehung haben wir auch die freien Gewerkschaften auf unserer Seite. Vor allem muß dafür gesorgt werden, daß die Handwerkermeister, wie zum Beispiel die Metzgerei, die Geflechten nicht unbeschränkt in ihren Betrieben mitarbeiten lassen. (Beifall bei den Soz.) — Der Ausschußantrag wird angenommen.
Es folgt die wegen der seinerzeit festgestellten Beschlußunfähigkeit wiederholte Abstimmung über die Aufhebung der Gutsbezirke, nach dem das Staatsministerium ersucht wird, den sozialdemokratischen Antrag auf eine Gleichstellung der Feuerbestattung mit der Erbbestattung insoweit durchzuführen, als die Gebühren für Feuerbestattung aufgehoben sind. Der Antrag wird gegen das Zentrum und die Deutschnationalen angenommen.

Es folgt die Beratung der kommunistischen Anträge über die Forderung der Wohnungszwangswirtschaft durch den preussischen Wohnungsminister und über die dem Reichstage vorliegende Novelle zum Mieterschutz. — Die Anträge werden durch den Abg. Stoll (Komm.) begründet, der die Maßnahmen als bedingungslos Auslieferung der Immobilien an den Hausbesitzermächtig bezeichnen und in längeren Ausführungen die Sozialdemokraten dafür verantwortlich zu machen sucht.

Abg. Meyer-Solingen (Soz.): Den Kommunisten kommt es weniger darauf an, mit ihren Anträgen den Mietern zu helfen oder bei anderen Parteien mit ihren Behauptungen Stimmung zu machen, als zu bewirken, wie in der Frage der Aufrechterhaltung der Wohnungszwangswirtschaft angeblich die Sozialdemokraten versagt haben. (Sehr wahr! bei den Soz.) Solche Behauptungen können natürlich nur in Unkenntnis der Arbeit der Sozialdemokraten im Reichstag und Landtag geäußert werden. Es ist doch namentlich unter derartigen Äußerungen verfahren. Kollege Stoll hat sich in der Reichstagsversammlung, der ich die Interessen der Mieter vorbildlich gewirkt habe! (Sehr gut! bei den Soz.) Wir sind der Auffassung, daß die Zeit für die Beteiligung der Arbeiter an den Hausbesitzermächtig herbei ist. (Sehr wahr! bei den Soz.) Die eine Verordnung des Wohnungsministers, die die Hausbesitzer an der Vermietung von Wohnungen hindern würde, ist in Ordnung, aber die von Stoll in den Anträgen enthaltenen Maßnahmen sind nicht zu ganz ungenügender Stellung nehmen müssen. Die Forderung auf Aufhebung der Erbbestattung ist allerdings bei der Zusammenfassung der Landtags-

Die Reichsregierung plant einen Wortbruch.

Berlin, 6. Dezember. (Eigener Bericht.) Wie berechtigt das sozialdemokratische Mißtrauensvotum gegen die Reichsregierung ist, zeigt ein Konflikt, der am Dienstag im Steuer- und Ausschuß des Reichstages ausgebrochen ist. Seit Monaten steht die Senkung der Lohnsteuer zur Diskussion. Sie muß nach dem Gesetz zur Beschränkung des Einkommens der Lohnsteuer vom Jahre 1925 (der sogenannten Ley-Prüfung) zum 1. Januar 1928 erfolgen, da der Betrag der Lohnsteuer in dem letzten Halbjahr 600 Millionen zentralisiert überschritten hat. Seit 13. Oktober liegt dem Reichstag der sozialdemokratische Antrag vor, den Lohnsteuerbefreiungen Betrag für jeden Lohnsteuerpflichtigen um 40 Mark monatlich zu erhöhen. Die Reichsregierung hat stets anerkannt, daß sie verpflichtet ist, einen Gesetzentwurf zur Ausführung der Ley-Prüfung vorzulegen. Der Reichsfinanzminister Dr. Köhler hat sogar wiederholt erklärt, es sei für ihn selbstverständlich, daß die Regierung dem nachkomme und die Vorlage rechtzeitig einbringe. Dieses Versprechen ist aber nicht ausgeführt worden. Es bedurfte sogar erst des stärksten Druckes der sozialdemokratischen Mitglieder des Steuer- und Ausschusses, um seine Einberufung zum 6. Dezember zu erreichen.

Die Sitzung begann jedoch mit einer Ueberraschung. Im Namen der Reichsregierung verlangte Staatssekretär Dr. Popitz die Vertagung der Beratung des sozialdemokratischen Antrages. Die Reichsregierung wolle einen eigenen Entwurf einbringen. Er sei gestern vom Kabinett verabschiedet worden und dem Reichstag zugegangen. In der nächsten Woche werde der Entwurf dem Reichstag vorliegen. Er empfahl, die Beratung des sozialdemokratischen Antrages bis dahin auszusetzen. Die sozialdemokratischen Abgeordneten Dr. Herz, Keil und Dr. Hilferding wandten sich entschieden gegen dieses Verlangen. Es befürchte die rechtzeitige Durchführung der Lohnsteuerermäßigung. Die Hinauszögerung der Beratung sei nur ein parteipolitisches Manöver der Regierungsparteien. Sie verfolgten statt der Senkung der Lohnsteuer Pläne, die die Kritik der Öffentlichkeit zu scheuen haben. Man wolle auf Kosten der Lohn- und Gehaltsempfänger die Einkommensteuer und die Vermögenseinkommensteuer abbauen. Daher suche man den Inhalt des neuen Gesetzentwurfes der Reichsregierung zu überdecken. Die Sozialdemokraten lehnen den Vorschlag ab. Da Staatssekretär Dr. Popitz sich weigerte, Auskunft über den Inhalt des neuen Gesetzentwurfes der Reichsregierung zu geben, beantragten die Sozialdemokraten sofort den Vorstoß des Reichsfinanzministers Dr. Köhler herbeizuführen zu lassen. Es sei eine parlamentarische Anstandsspflicht, die Minderheit über die Absichten der Reichsregierung zu unterrichten. Das könne die Sozialdemokratie als stärkste Partei des Reichstages

mit Fug und Recht verlangen. In der Verweigerung der Auskunft müsse man eine bewusste Brüstung der Minderheit erblicken, die die stärkste Fraktion des Reichstages nicht widerstandslos hinnehmen werde. Sie brauche das um so weniger, als die Regierung stets vor der Beratung ihrer Vorlagen im Reichstag mit den Unternehmern und ihren Organisationen verhandelt und nur gegenüber den Lohn- und Gehaltsempfängern das Gegenteil tue.

Trotzdem wurde der sozialdemokratische Antrag, den Reichsfinanzminister Dr. Köhler herbeizuführen zu lassen, gegen die Stimmen der Antikommunisten, Demokraten und Kommunisten abgelehnt und mit der gleichen Mehrheit schließlich die Vertagung der Beratungen beschlossen. Abg. Keil (Soz.) gab darauf die Erklärung ab, der gefasste Beschluß widerspreche allen parlamentarischen Sitten, die Sozialdemokratie werde deshalb an den weiteren Beratungen des Antrages nicht teilnehmen. Die sozialdemokratischen Mitglieder verließen daraufhin den Saal. Die Vertreter der Regierungsparteien blieben betroffen zurück und entschlossen sich nach kurzer Ueberlegung, die Sitzung aufzuheben.

Wenn die Rechtspresse das Verhalten der Sozialdemokraten als „Obstruktionsversuche der Linken“ kennzeichnet, die die Beratung der Regierungsvorlage im Reichstag stören sollen, so ist das nichts anderes als ein demagogischer Kniff und der Ausdruck des schlechten Gewissens. Den unmittelbaren Anlaß zu dem Verlassen der Sitzung gab die Tatsache, daß die Regierungsparteien es ablehnten, den Reichsfinanzminister Dr. Köhler vor den Ausschuß zu zitieren. Es entspricht jedoch einer fast in allen Fällen beachteten Gepflogenheit des Reichstages, einem solchen Wunsche nach dem persönlichen Erscheinen des Ministers Rechnung zu tragen. Er ist der selbstverständliche Ausdruck der Tatsache, daß nur die Minister dem Reichstage verantwortlich sind, aber nicht ihre untergebenen Beamten. Die stärkste Partei des Reichstages kann sich einen derartigen Vergewaltigungsversuch der Mehrheit nicht widerstandslos gefallen lassen, und zwar insbesondere dann nicht, wenn er von der Absicht ausgeht, die Lohnsteuerpflichtigen um die ihnen gesetzlich zustehende Ermäßigung der Lohnsteuer zu prellen.
Reichsregierung und Regierungsparteien wußten nämlich bei der Lohnsteuer mehreres hundert Millionen einbringen, um mit diesen Mitteln die hohen Entnahmen und die Vermögen zu entschulden. Die sozialdemokratische Fraktion hat sich diesem Betrugswort nicht angeschlossen. Sie wird sich gegen die feindseligen Verleumdungen ihrer Gegner behaupten lassen.

Neuer Reichstag-Sitzungsbericht.
Wie, 6. Dezember. (Sig. Drahtbericht.) Am Dienstag hatte sich vor dem Wiener Gerichtshof ein neuer Anlauf wegen der Zulassung der Sozialdemokratie als stärkste Partei des Reichstages

Die Großmächte beraten.

Vertrauliche Beratungen über die Schaffung einer Einigungsformel im polnisch-litauischen Konflikt...

also sehr genau drei Jahre alt ist, verlegt die aus Sozialdemokraten, Demokraten und Kommunisten bestehende Opposition nur über 209 von insgesamt 493 Sitzen...

Marx' hilfloses Gestammel.

Marx' Antwortbrief im Fall Reudell.

Berlin, 6. Dezember. (Eigener Bericht.) Der Reichstanzler hat an den Preussischen Ministerpräsidenten auf dessen Beschwerde über das Reudell-Telegramm am Dienstag folgende Antwort erteilt:

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident!

Ich befinde mich im Eingang Ihres Schreibens vom 30. v. M. bezüglich des Telegramms des Herrn Reichsministers des Innern, Dr. v. Reudell, an den Vorstand der Deutschen Studentenschaft.

Zunächst weise ich gegenüber Ihrer Behauptung, daß es sich um eine „starke Brüstung“ und einen offensichtlichen Angriff gehandelt habe, darauf hin, daß die Wortfassung des Telegramms in keiner Weise als aggressiv bezeichnet werden kann...

Die Reichsregierung warnt sich mit Ihnen, Herr Ministerpräsident, darin einig zu sein, daß Abgeordnete lediglich deshalb, weil sie gleichzeitig ein hohes Staatsamt bekleiden, eine nach der Verfassung jedermann zustehende politische Meinungsäußerung, sofern sie sachlich gehalten ist, nicht verweigert werden können...

Selbstverständlich kann in solchen Fällen die Entscheidung, ob ein persönlicher oder politischer Akt beachtlich ist, oft schwierig sein. Die Reichsregierung erklärt deshalb, daß das Telegramm keinen Schluß auf die Ansichten der Reichsregierung zuläßt, die ihrerseits zu den in Frage stehenden studentischen Problemen überhaupt nicht Stellung genommen hat.

Sie können, Herr Ministerpräsident, davon überzeugt sein, daß ich wie bisher alles daran setzen werde, ein möglichst reichsloses und vertrauensvolles Zusammenarbeiten zwischen Reich und Preußen zu ermöglichen. Gerade aus diesem Grunde bedauere ich aber die Veröffentlichung Ihres Briefes...

Angeichts der Veröffentlichung Ihres Briefes sehe ich mich selbstredend im vorliegenden Falle genötigt, auch das Schreiben der Reichsregierung der Öffentlichkeit zu übergeben.

Mit dem Ausdruck meiner vorzüglichen Hochachtung Ihre gez. Dr. Marx.

In diesem Brief stammt zwar keine Zeile von dem Reichstanzler Marx selbst, und doch steht er ihm und seiner Regierung ähnlich. Es ist bei diesem Kabinett langsam zur Methode geworden, allen kritischen Fragen aus dem Munde zu gehen und sich ernsthaften Auseinandersetzungen durch faule Ausreden zu entziehen...

Im Interesse der Minderbemittelten werden wir jedoch Milderungen und Erleichterungen durchzusetzen versuchen. Wenn jetzt die Kommunisten die Verteilung der Hauszinssteuer mit entsprechender Distributionsforderung fordern, so ist ein solcher Antrag nur demagogische Phrase...

Man diesen Berichtigungen des Wohnungsrechts, die sie heute und in die Zukunft zu schreiben suchen, sind Sie (zu den Kommunisten) als selbst Schuld. (Sehr richtig bei den Sozialisten)

Wir werden unsere Taktik darauf einstellen, daß wir von der Seite, die nach unserer Auffassung der Hauszinssteuer nicht braucht, einen möglichst großen Teil für die Wohnungszwangswirtschaft und für soziale Zwecke zur Verfügung zu stellen.

Kurz nach dem Ende der Sitzung am 7. Dezember 1924 wurde ein Antrag über das Mißtrauensvotum der Sozialdemokratischen Fraktion...

Der gerettete Bürgerblut.

Das Mißtrauensvotum abgelehnt.

Berlin, 7. Dezember. (Eigener Bericht.) Im Reichstag fand am Dienstag am Schluß der Sitzung auch die Abstimmung über das Mißtrauensvotum der Sozialdemokratischen Fraktion...

In der nun folgenden namentlichen Abstimmung wird der Mißtrauensantrag gegen die Regierung mit 229 gegen 192 Stimmen bei 14 Stimmenthaltungen abgelehnt.

Dieses Ergebnis kam der Sozialdemokratischen Fraktion als Antragstellerin natürlich nicht überraschend; denn in diesem Reichstag, der am 7. Dezember 1924 gewählt wurde,

Petroleum.

Roman von Upton Sinclair.

Copyright 1927 by Knickerbocker Verlag A.G., Berlin W. 50.

Der Vater hatte es dem Knaben erklärt: all dies hat das Geld geschaffen. Reiche Männer hatten den Reichthum durch den Handel und die Industrie...

Die Hände an den nebelhaften Höhen ab, und der Knabe folgte seinem Beispiel. Die beiden gingen wieder die Ränzel an und nahmen ihre Sätze ein.

als hätten sie in einer Schlacht geschleudert, bildeten Hügel, andere lagen aufgetürmt, als wären Riesentinder ihres Spiels überdrüssig geworden.

Und danach kam etwas bewegliches, das den Plan störte. Das Auto ging in den Nebel; festsitzende Schleier schlangen den beiden um das Gesicht.

Bei der Besprechung der „großen Fünf“ ergab sich Einigkeit darüber, daß die Sicherheit Litauens gesichert werden mußte...

Wird im Völkerbund die Wahrheit unterdrückt?

Im Völkerbundsrat ist ein gedruckter Ausschlußbericht über den Mädchenhandel und seine Dämpfung verlesen worden. Dieser Bericht ist, wie bestimmt wurde, auf Wunsch einzelner Mitglieder zurückgezogen worden...

Thüringen Reichsprovinz?

Zu der Aussprache über das Defizit des Haushalts und die sozialdemokratische Abgeordnete Frölich, Thüringen solle, wenn es seinen Haushalt nicht in Ordnung bringen könne, Reichsprovinz werden...

Das Defizit Thüringens und die Abhilfspläne.

Weimar, 6. Dezember. (Eig. Drahtbericht.) Der thüringische Finanzminister kündigte am Dienstag ausführlich die ersten Beschlüsse des Haushaltsplanes 1928 an...

Die von den thüringischen Demokraten gestiftete „Ordnungsregierung“ hat sich zu dieser Denkschrift unter dem Druck des außergewöhnlich hohen Defizits von 15 Millionen Mark veranlaßt gesehen...

Ein Initiativgesetz zur Flaggenfrage?

Innerhalb der Parteien der preussischen Regierungslösung wird erwogen, die Frage der Beflaggung öffentlicher Gebäude, Straßen und Plätze durch ein Initiativgesetz endgültig zu regeln.

Mit einemmal begann das Auto langsam zu fahren; der Geschwindigkeitsmesser zeigte fünfzig, vierzig, dreißig. Noch immer lag die Straße leer vor ihnen, aber Waters Fuß drückte die Bremse nieder.

(Fortsetzung folgt.)

Die Verkehrsverhältnisse in Schlessen.

Lebhafte Debatte in der letzten Reichstagsführung.
 Berlin, den 6. Dezember. Die Reichstagsführung wird um 16 Uhr vom Präsidenten Lohse eröffnet.
 Die Besprechung der Interpellation über die Notlage im besetzten Gebiet, sowie über die Verkehrsverhältnisse in Schlessen wird fortgesetzt.

Abg. Stelling-Doppeln (Soz.):
 Die Fragen der Grenzbevölkerung betreffen das ganze deutsche Volk. Besonders schwer geschädigt ist Oberschlessen, wo die unnatürliche Grenzziehung zu den schlimmsten Folgen auf dem Verkehrsgebiet geführt hat und wo die früher durch den Obrigkeitstaat erfolgten Vernachlässigungen wieder gut zu machen sind. Die Wirtschaft Oberschlessens leidet schwer, die Frachtpolitik der Reichsbahn ist nicht entgegenkommend genug gewesen. Der Bau des Rodnik-Janals muß möglichst bald erfolgen; auch der Bau des Staudens von Ottmachow muß beschleunigt werden. Der Reichsverkehrsminister rechnet zwar mit Beendigung der Arbeiten bis 1932. Wir haben aber die Auffassung, daß die Bauten besonders an dem Standorten außerordentlich langsam vorangehen. Die Erwerbslosenziffern vermehren sich von Tag zu Tag; die Not wird vermehrt durch die Zahl der Hilfslinge. Besonders ungeheuerlich ist das Wohnungselend in Oberschlessen. Hunderte von Menschen müssen in Baracken hausen, in die sie hineingestellt wurden. Wir fordern in erster Linie eine Besserung der Lebenslage der Arbeiterschaft der Grenzgebiete und dazu ist es nötig, daß eine einheitliche, den Verkehrsinteressen der Grenzgebiete entgegenkommende Verkehrspolitik betrieben wird.

Abg. Wendemuth (Soz.):
 Es handelt sich bei der Frage des gefährdeten Ostens nicht nur um Ostpreußen und Oberschlessen, es handelt sich um die ganze Provinz Schlessen. Durch die Verfallener Grenzziehung zeigt Schlessen das Bild einer Halbinsel zwischen Polen und der Tscheko-Slowakei. Es ist dringend zu wünschen, daß von der preußischen und der Reichsregierung vorgesehene Reichskommisariat für den Osten eingesetzt wird. Es ist aber auch notwendig, daß die Mittel, die die Regierung zur Verfügung stellt, zentral ausgeben werden. Schlessen muß mehr als bisher vom Reichsverkehrsministerium bedacht werden. An der polnischen Grenze münden jetzt zahlreich Eisenbahnen, die untereinander nicht genügend verbunden sind. Infolgedessen stockt der Absatz nach dem Inn- und Auslande. Die Beförderung müßte ganz anders gefördert, der Innenmarkt gehoben werden; denn Oberschlessen ist heute geradezu abgeschnitten vom zentralen Deutschland; das bedeutet eine große wirtschaftliche und politische Gefahr. Es ist bestimmt, Durchgangslane zu sein. Die Entwicklung muß gefördert werden. In dem dünn besiedelten Schlessen ist die Möglichkeit, mit Hilfe der Innenkolonisation große Teile des Bevölkerungsdéfizites auszufüllen, die heute ein Problem darstellen. Diese und andere Aufgaben sind von dem Reichskommisariat zu lösen. Große Not in sozialer und kultureller Hinsicht herrscht im Waldenburger Industrie-, Textil- und Steinkohlenbezirk. Ungesundes Elend bei den Löhnen, bei den Wohnungen und der kulturellen Lage der Bevölkerung macht eine besondere Berücksichtigung dieses Reviers notwendig. Wegen mangelnder Verkehrswege sind die Absatzgebiete in Polen und der Tscheko-Slowakei verloren gegangen. Wir erwarten von dem Reichswirtschaftsministerium, daß die diesbezüglichen Verhandlungen, falls sie wirklich abgeschlossen sein sollten, sofort wieder in Fluß und zum Abschluß gebracht werden. Wir halten die Durchführung der wirtschaftlichen Rationalisierung für notwendig, weil wir uns davon eine Besserung der wirtschaftlichen Lage versprechen. Zur Abfederung besonders für das Waldenburger Industriegebiet müssen wir die Erschließung neuer Verkehrswege und die Tarifermäßigung haben, um den Markt in Deutschland zu sichern und gegenüber dem Ausland konkurrenzfähig zu bleiben. Es ist zu hoffen, daß die Reichsregierung sich ihrer Pflicht gegenüber Schlessen bewußt ist und sich an die Erklärung hält, die sie uns gestern abgegeben hat. Wir erwarten, daß sie diese Besprechungen auch einleitet. (Lebhafte Beifall bei den Soz.)

Abg. Kautz (Ztr.) schildert besonders die Notlage des rheinischen Gebietes.
Oberregierungsrat Dr. Edwards erklärt namens der Reichsregierung, Hessen sei enttäuscht, daß die Befestigungsmaßnahmen für das hessische Land kaum irgendwie fühlbar geworden sei.
Abg. Schmidt-Hirschberg (D. Vp.) begrüßt die Zusage des Reichsverkehrsministers, daß den Verkehrsbedürfnissen Schlessens Rechnung getragen werden solle. Das deutsche Nieder-schlessen, das Bollwerk des Deutschen im Osten, müsse unterstützt werden.

Abg. Schulte-Dreslau (Ztr.) fordert ein Offenerichtsprogramm auf lange Sicht.
Abg. Hebert (Komm.) spricht besonders von der Notlage der Sozalgänger.

Abg. v. Grenthagen-Roringhausen (Dnat.) erklärt es für eine besonders schwere Enttäuschung für Nieder-schlessen, daß in diesem Jahre für das Bahnbauprogramm keine Mittel verfügbar sind.

Abg. Dr. Frick (Natio.): Solange die Damospolitik nicht aufgegeben ist, ist alles Reden im Reichstag zwecklos. Damit schließt die Aussprache.

Der Arbeitsplan des Reichstags.

Der Arbeitsplan des Reichstages kam am Dienstag überein, möglichst am 19. und 20. Dezember die erste Sitzung des Reichshaushalts für 1928 zu beenden und dann die Weihnachtspause eintreten zu lassen. Voraussetzlich werden die Plenarverhandlungen in der dritten Januarwoche wieder beginnen.

Neuer Skandal in der Reichsmarine.

Der Kreuzer „Berlin“ als Privatjacht des Prinzen Heinrich.

Berlin, 7. Dezember. (Eigener Fundbericht.)
 Aus Kiel kommt die Meldung, daß vor einigen Tagen der Kreuzer „Berlin“ von Kiel nach Ederförde kommandiert wurde, um den Prinzen Heinrich von Preußen abzuholen. Dieser habe dann an Bord die Mannschaften antreten lassen und eine Rede gehalten, ganz wie in alten Zeiten.

Das Reichswehrministerium wird sich sofort dazu äußern müssen, ob die Nachricht über diesen unerhörten Vorfall zutrifft oder nicht.

„Deutsche Treue“.

Mutig mit dem Munde, aber nicht beim Handeln.

Der Berliner Polizeipräsident hat kürzlich die Zeitschrift des Nationalverbandes deutscher Offiziere „Deutsche Treue“ auf die Dauer von drei Monaten verboten, und dann das Verbot auf drei Wochen beschränkt, nachdem der Schriftleiter Hans v. Sodenstern in einer mündlichen Besprechung eine genügende Erklärung wegen der schmähenden Angriffe auf die Republik gegeben hatte. Jetzt ist diese Zeitschrift wieder erschienen. Auf dem Titelblatt wird die Besondere des Polizeipräsidenten veröffentlicht und dann folgt nachfolgende Erklärung des Schriftleiters:

„Ich erkläre, daß dem Verlage und der Schriftleitung der Zeitschrift „Deutsche Treue“ jede Ablichtung der Verunglimpfung oder Herabsetzung der republikanischen Staatsform ferngelegen hat, daß die Veröffentlichung des Artikels „Treulose“ in Nr. 43 der Zeitschrift „Deutsche Treue“ ohne genaue Prüfung erfolgt ist und daß Schriftleitung und Verlag Vorzüge treffen werden, daß bezügliche, das Gesetz verletzende oder die republikanische Staatsform herabsetzende Artikel nicht mehr erscheinen werden.“

Im Anschluß daran läßt auch Oberst a. D. v. Deder, der Verfasser des inkrimierten Aufsatzes „Treulose“, mitteilen, daß er weder die Ablichtung gehabt habe, die verunglimpfende Staatsform zu verunglimpfen oder herabzusetzen, noch den in der Reichswehr dienenden oder gedient habenden Kameraden Vorwürfe zu machen.

Diese politischen Hebeln haben also nicht den Mut, zu ihren Taten zu stehen, wenn es darauf ankommt.

Die bayrische Polizei am Pranger.

Der Geschäftsausschuß des Reichstags über bayrische Polizeiübergriffe.

Berlin, 6. Dezember. (Eigener Bericht.) Im Geschäftsausschuß des Reichstages wurden am Montag verschiedene Beschwerden kommunistischer Abgeordneter über die bayrische Polizei und die bayrische Regierung behandelt. Zunächst wurde Klage darüber geführt, daß am Osteranntag in München eine kommunistische Gemeindevorstand-Konferenz von der Polizeidirektion ausgeschlossen und sämtliche Teilnehmer mit Ausnahme der Abgeordneten verhaftet wurden. Die Polizei verteidigte sich damit, daß nach der kündigung der Staatsgerichtsbarkeit der Funktionärkörper der kommunistischen Partei sowohl eine Geheimverbindung als auch eine staatsfeindliche Verbindung darstelle; die kommunistischen Gemeindevorstände seien ein Teil dieses Funktionärkörpers zu betrachten gewesen. Die bayrische Regierung billigte den Standpunkt der Polizei. Weiter kam zur Sprache, daß in Augsburg am 11. April eine Tagung des Landesausschusses der kommunistischen Partei ausgeschlossen wurde. Hier befaßten sich unter den Festgenommenen drei Reichstags- und drei Landtagsabgeordnete. Die bayrische Regierung muß zugeben, daß Anhaltspunkte für eine strafbare Handlung nicht gegeben waren und auch die Tagesordnung harmlos aussah. Schließlich kam noch eine Beschwerde des Abgeordneten Buchmann über seine Verhaftung und die Durchsuchung seiner Wohnung in München und über die Verhaftung kommunistischer Abgeordneter in Cannstatt zur Sprache. Die Beschlussfassung wurde vertagt.

Der Ausschuss beschäftigte sich dann mit einer Resolution des Reiches, in das folgende Wortlaut aufgenommen werden soll: „Wer nach gesetzlicher Vorschrift nicht oder nur mit besonderer Zustimmung oder Genehmigung strafrechtlich verfolgt werden kann, darf nicht verantwortlich Redaktionen einer periodischen Druckvermittlung“ — Zu einer Beschlussfassung kam es auch hierüber noch nicht.

Die Aufwerter über die „Partei des Wortbruchs“.

Verachtende Kritik des Grafen Poladomsky an den Deutschnationalen.

Chemnitz, 5. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Der Landesverband Sachsen der Volkrechtspartei hielt hier am Sonntag und Montag den ersten Parteitag ab. Aus diesem Anlaß wurde öffentlich eine Kundgebung veranstaltet, in der neben dem Grafen von Poladomsky der Reichsparteivorstehende Bauer, der Landespartei-Vorsitzende, Senatspräsident Lobe, der sächsische Justizminister v. Hummel und der Justizrat Brink Berlin das Wort nahmen. Stürmisch gefeiert wurde Graf Poladomsky, der in einem einhalsständigen Referat die Entwicklung der Volkrechtspartei schilderte und an den bürgerlichen Parteien, besonders an der Deutschen Nationalen Volkspartei kein gutes Haar ließ. Er stellte den Aussprüchen und Versprechungen der Herren Herzog, Marx und Köhler die Taten der Regierung gegenüber und versuchte daraus die Existenzberechtigung der Volkrechtspartei herzuleiten und zu beweisen. Die Deutschnationale Volkspartei bezeichnet er als die „Partei des Wortbruchs“.

Justizrat Brink Berlin kritisierte die Politik der Volkrechtspartei. Er beleuchtete dabei ihre Einstellung in der Inflationszeit und zeigte an Hand von vielen Unterlagen, wie die Gelder der Steuerzahler in die Geldschränke der Großindustrie gewandert sind.

Ein hübscher Reinfall.

Die Bürgerlichen Umhüller setzen einen Kommunisten auf ihre Liste. Bei der Feststellung des amtlichen Wahlergebnisses in Anhalt hat sich herausgestellt, daß auf der bürgerlichen Einheitsliste ein Kommunist Paul Eichhorn gewählt worden ist, der aus Versehen statt eines Stahlhelmmanns Andreas Eichhorn auf die Liste gekommen war. Die Reaktionen zerbrechen sich den Kopf, wie sie den Schaden gutmachen sollen.

Unfechtung der Hamburger Wahlen.

Hamburg, 8. Dezember. Die Volkrechtspartei (Aufwerter) in Hamburg, Hesse und Mecklenburg-Strelitz erhob beim Staatsgerichtshof gegen die Landtagswahlen in den drei genannten Ländern Klage, die sich auf die bekannte Abänderung der Wahlgesetze stützt, die für die Einbringung der Kandidatenlisten eine bestimmte Kautions verlangen. Wie mehrere Abendblätter melden, wird der Prozeß am 17. Dezember vor dem Staatsgerichtshof in Leipzig verhandelt werden. Wenn das Gericht die Wahlordnungen für ungültig erklärt, müßten die drei Landesparlamente neu gewählt werden.

Arach im badischen Landtag.

Karlsruhe, 6. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Die badische Regierung ließ am Dienstag im Badischen Landtag mitteilen, daß sie zur Linderung der Not der Tabakarbeiter 40 000 Mark zur Verfügung gestellt hat.

Im Verlauf der Sitzung kam es zu hitzigen Barmherzigkeiten der Kommunisten, die eine Besprechung der Zustimmungen über die Aussperrung der Tabakarbeiter verlangten. Die Mehrheit des Landtages verzichtete auf diese Besprechung, nachdem die Aussperrung aufgehoben worden ist. Da die Kommunisten trotzdem ihre Gesetzentwürfe forsetzten, sah sich der Landtagspräsident gezwungen, die Sitzung zweimal zu unterbrechen. Schließlich mußte der Führer der Kommunisten, der Abg. Bock, von der Sitzung ausgeschlossen werden.

Mussolinis neuester Genietreiß.

Otto Glace aus Italien ausgewiesen.

Wien, 6. Dezember. Wie die „Innsbrucker Nachrichten“ melden, ist der Schriftsteller Otto Glace wegen seines in Südtirol spielenden „Sommerromans“ aus Italien ausgewiesen worden.

Seipel erklärt seinen Banterott.

Die österreichischen Sozialdemokraten müssen ihm helfen.

Wien, 6. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) In dem Konflikt der österreichischen Staatsbeamten mit der Regierung hat die Sozialdemokratische Parlamentsfraktion am Dienstag die Vermittlung übernommen. Sie wird im Übereinstimmung mit der österreichischen Beamtenchaft im Budgetausschuß die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zur Prüfung der Beförderungsbefugnisse beantragen. Es hängt von der Regierung ab, ob diese Vermittlung zu einem positiven Ausgang und der Vermeidung eines Streiks der Staatsbeamten führt.

Keine neue Kandidatur Coolidge.

Washington, 6. Dezember. In einer Rede an den Vorstand der Republikanischen Partei sagte Präsident Coolidge zum Schluß, seine Erklärung vom 2. August, daß er nicht für die Präsidentschaft im nächsten Jahre zu kandidieren wünsche, bestehe weiter. Niemand sollte sich zu der Annahme verleiten lassen, daß er seinen Entschluß geändert hätte.

Macdonald Vorsitzender der Arbeiterpartei.

London, 6. Dezember. Ramsey Macdonald wurde einstimmig zum Vorsitzenden der Arbeiterpartei gewählt. Die Wiederwahl von Clynes zum Sprecher der Partei im Unterhaus wurde bestätigt.

Karo-Syrup für Weihnachtsgebäck unübertroffen!

Auch vorzüglich als Brotaufstrich für Kinder und Kranke, da nahrhaft und leicht verdaulich.
 Die 1/2 kg-Dose 55 Rpf., die 1 kg-Dose 1 RM.

HONIGKUCHEN

1 Pfund Karo-Syrup, 1 Pfund Mehl, 1/2 Liter Milch, 100 g Zucker, 1/4 Pfund Sultane, 1 Packchen Backpulver, 1 1/2 Teelöffel feinen Zimt, 1 1/2 Teelöffel gest. Nelken, 1 1/2 Teelöffel Anis, Saft und Schale einer halben Zitrone. — Syrup und Milch werden erwärmt, alle Gewürze hinzugegeben. Man läßt die Masse etwas abkühlen und gibt das Mehl mit dem Backpulver vermischt dazu. Nachdem alles gut durchgearbeitet ist, tut man den Teig in eine gut ausgestrichene Kastenform und bäckt den Kuchen bei mäßiger Hitze 1 1/2 Stunden. — Dieser weiche Honigkuchen schmeckt besonders gut in dünne Scheiben geschnitten auf Weißbrot oder frischer Semmel mit Butter.

Deutsche Malzena Gesellschaft A.-G., Hamburg 13.

Teppich- und Linoleumhaus

Fritz Rau

Universitätsplatz 10/11 gegenüber dem
Fechterbrunnen
Klosterstr. 30/32 Ecke Lessingstr
Breslau - Tel. Ohle 6342

veranstaltet bis zum Fest einen

Großen Weihnachts-Sonder-Verkauf

der für Sie der richtige Moment zum Einkauf ist.

Reichhaltige Auswahl u. billigste Preise zeigen für meine Leistungsfähigkeit.

Zum Verkauf gelangen:

Teppiche

Brücken, Bettvorlagen, Stoffläufer, Kokosläufer und Matten, Wandbilder, Badematten, Möbelbrukat- u. Madrasstoffe, Kissenplatten, Fries für Fenstermäntel, Tisch- und Wanddecken, Tapeten, Wechs- und Ledertuche, Bohnerwachs, Edel-Mop u. a.

Linoleum

Teppiche, Läufer, Vorlagen, Tischlinoleum, Auslegeware, gemustert und einfarbiges Parquet-Teppiche, extra billig!

Besuche u. selbstes Kinders Telefonatung gestattet! Tel. Ohle 6342 Versand nach außerhalb kostenlos!



Taschen Tücher

- Kindertaschentücher mit Bildern oder Kanten, St. 15, 12 8 Pi.
- Kindertaschentücher im Karton . . . je 3 Stück 85 58 Pi.
- Kindertaschentücher im Kart. je 6 Stück 1,95, 1,15 95 Pi.
- Damentücher weiß Batist oder Linon . . . Stück 40, 25 15 Pi.
- Damentücher weiß und farbig, mit Hohlbaum, in Vielen Ausführungen, Stück 45, 30 20 Pi.
- Sticker- u. Spitzen-tücher . . . Stück 45, 25 18 Pi.
- Stück- u. Spitzen-tücher 3 Stück im Karton 1,95, 1,15 85 Pi.
- Buchstabentücher 8 Stück im Karton . . . 2,25, 1,75 1 125 Pi.

- Herren-Linontücher weiß oder mit farb. Rand 45, 30 20 Pi.
- Herrentücher m. Hohlbaum u. farbigen Kanten, St. 65, 45 40 Pi.
- Herren - Batisttücher weiß, mit Hohlbaum, St. 80, 60 38 Pi.
- Herrentücher bunt Stück 55, 30 18 Pi.
- Halbleinene Tücher weiß Stück 75 55 Pi.
- Reinleinen Tücher weiß, besonders gutes Fabrikat Stück 1,20 90 Pi.
- Buchstaben-Tücher f. Herr. 1/2 Dtz. im Kart. 4,50, 2,75 2 25 Pi.
- Seid. Kavaliertücher mit Malereien oder wel. und mit Rand . . . Stück 1,45, 95 65 Pi.



3 Schweizer 1 75 3 Spitzen-tücher 1 65 im schönen Karton

Der Weihnachtsmann

muß unbedingt zum Einkauf von **Kleider-, Schuh-, Kopf-, Hut-, Möbel-, Zahnbürsten-, Schwämme-, Fußmatten-, Kissen-, Scheuertüchern-, Pinseln-, Wäschefeilen** sich in unser Geschäftslokal

auf der Oderstraße

bemühen u. mit **Rasergarnituren, Toilette-Artikeln, Feinseifen, Geschenkkasten** die Freude vergrößern. Wir bitten um rechtzeitigen Besuch 14426

London & Co. — Oderstraße 5
G. m. b. H. 2 Viertel vom Ring

NORDDEUTSCHER LLOYD BREMEN

Größter deutscher Übersee-Passagierdienst
einzig deutsche Linie
mit regelmäßigen direkt. Abfahrten
m. **Doppelschraubendampfern**
für Reisende und Auswanderer von Bremen nach

CANADA

Nähere Auskunft über Einreisebedingungen u. Abfahrten erteilt
in Breslau: Norddeutscher Lloyd, General-Agentur
Lloyddirektbüro G. m. b. H., Neue Schwelbiter Straße 5 (Alte-Mann)

Lieblich Deutscher Gutarbeiterverband

Dayelma-Revue
Die Sensation Breslauer!
Lord Am Mai Jung Carl Bernhard 4 Adlonas und 5 Variete-Stroke.

Jahreshilfe Breslau.
Freitag, den 9. u. Sonnabend, den 10. Dezember findet die **Urabstimmung** über die Beschließung mit dem Beschleisungsarbeiterverband statt.
Für die Mitglieder, welche im Betriebe arbeiten, findet die Urabstimmung im Betriebe statt.
Die Mitglieder der beiden Betriebe, wo keine Abstimmung stattfindet und die arbeitslosen Mitglieder können im Verbandsbüro, Margaretenstr. 17, Zimmer 81, und im Restaurant 'Zum Unterstand', Gartenstraße 11, abstimmen.
Im Büro können die Mitglieder Freitag von 9-20 Uhr und Sonnabend von 9-1 Uhr, im Restaurant 'Zum Unterstand' Freitag und Sonnabend von 10-1 Uhr abstimmen.
Zur Urabstimmung ist das Mitgliedsbuch oder Karte als Ausweis mitzuführen, ohne diesen Ausweis kann kein Mitglied abstimmen.
Es ist erwünscht, daß die Mitglieder an der Urabstimmung zeitlich teilnehmen.
Die Ortsverwaltung.
J. A. F. Adler.

Stilige, getragene
Winter-Überzieher
von 3,00 RM. an verkauft
Reichhaus 14,25
Treibnitzer Straße 21.

Trauerhüte
bekanntester Preis-Ansahl, billiger Preis!
Halda Sieder
Se nichteiche Preis
Ede Kasse-Siederer

Druckerei Volkswacht
Besten Leistungen bei jeder
Anfertigung aller Drucksachen
Kunsten und bei jeder Vorkosten
Breslau 2, Fischerstraße 4/6.

Stadttheater

Mittwoch 19 Uhr
20 bis gegen 22.30
8 Ab. West Serie B
Die verkaufte Braut.

Donnerstag
20 bis gegen 22.15.
4 Ab. West Serie E
In vollständiger
Pleinprentierung!

Der Liebestrunk
Freitag
19 bis gegen 23:
4 Ab. West Serie C
Vor Reservata ist.

Schauspielhaus.

Doppelstabsbühne.
Tel. Stephan 35300.
Mittwoch u. Freitag, 20 Uhr
„Gräfin Mariza“
Donnerstag, 20 Uhr:
„Ja hab' mein Herz in Heidelberg verloren!“
Sonnabend 20 Uhr:
Zum 1. Male
Eine Frau

„Format“
Stüf von Michael Kraus.
Sonntag 19. Uhr:
„Die Fährergräber“
Sonntag und täglich 20 Uhr:
Eine Frau

Lobe-Theater
Id. Ring 674.
Tägliche 20 Uhr:
„Schinderhannes“
Singspiel
von Carl Zeckmayer.

Thalia-Theater
Id. Ring 6700.
Tägliche 20 Uhr:
„Enotol“
v. Arthur Schnitzler.

Mianos
im u. schenkt wert. Stütz.
Zeitstunden gestell.
Anmeldung bei 1. Kassenkassier.
Martha Schmidt
Kleiststraße 44/45.



Spielwaren

kauft die Mutter nur bei
Messow

Die Großmutter sagt, sie hat sie auch schon dort gekauft.

Besichtigen Sie unsere
große Spielwaren-Abteilung



Kaisers Brust-Caramellen

mit den „3 Tannen“
schützen sich vor Erkältung, Husten und Katarrh! Weder Regen, Schnee, noch Kälte können ihnen schaden, wenn Sie dieses seit 35 Jahren bewährte Hustenmittel bei sich haben. Schnell und sicher besitzgen Sie damit Husten, Heiserkeit, Katarrh, Ver-schleimung. Paket 40 Pi., Dose 80 Pi. Zu haben in Apotheken, Drogerien u. wo Plakate sichtbar.

Der neue Radio-Volks-Apparat

Keine Anschaffung von Detektor u. Spulen mehr erforderlich. Sofort gebrauchsfähig. Bis 15 km Entfernung mit Zimmer-Antenne verwendbar. Mit Außen-Antenne bis 60 km Reichweite. Garantie für lautstarken Empfang. Glockenreine Wiedergabe. Preis 750 Mk. Nachnahme 70 Pi. inkl. Porto mehr. Verschaffen Sie unsere Werbe-Prämien-Liste.

Fränkische Schwachstrom-Metallwaren-Industrie

Erlangen (Bay.)

Ich warne jeden vor Weiterverbreitung solcher Gerüchte und Klatsch über mich, da ich somit rechtlich vorgebe.
Frau Trude Anders,
Herrmannstr. 4,
Garbold-Haus. 14677

Die gegen das Fräulein Martha Höfer, Berliner Straße 75, getane Anzeigung nehmen wir nach hiernachstehendem Vergleich mit Bedauern zurück, leisten Abbitte und wahren vor Weiterverbreitung.
Walter u. Franz Holtmann
Doystraße 65

Brennholz

von 1/2 m an aufwärts, auch wagenweise, nur in besten Quantitäten, nur bei 96.
Holzhandlung A. Radolph
Kornmarkt 50/58 (Ring 1558)

Keine Anzeigen

und unperf. werden ein polter Anzeigen von 2-3 Jahren schwächer u. u. nur von Privatien. (Breslau) 21.10.1914

Buchhdlg. Volkswacht
Modernes Antiquariat
Rudolf 3. Neue Graupenstraße 3

Breslauer Nachrichten.

Breslau, 7. Dezember.

Sozialistische Agrarpolitik.

II.

In seinem zweiten Vortrag über dieses Thema, das im Rahmen des Parteiführers erörtert wurde, sprach der Genosse...

Nach die Sozialisierung muß von der Tatsache ausgehen, daß sie in der Landwirtschaft andere Voraussetzungen vorfindet als in der Industrie.

Selbst die Sozialisierung der Großbetriebe über 100 Hektar, deren Übernahme in gesellschaftliche Verwaltung und gemeinschaftliches Eigentum nicht verdrängt werden kann, kann nur in Schritten erfolgen.

An eine Aufhebung des bäuerlichen Besitzes und Betriebes dagegen aus politischen und vor allem ökonomischen Gründen nicht zu denken. Die Gesellschaft wäre gänzlich außerstande, die zwei Millionen Klein- und mittelbäuerlichen Betriebe zu ersetzen.

Die Gesellschaft wird die Produktion des Bauern ihrem Interesse dienlich machen. Durch zielbewusste Produktivitätssteigerung wird sie die Produktion steigern.

In gleicher Weise wird die Gesellschaft die Austauschbeziehungen des Bauern regeln. Nicht mehr die einzelnen Bauern, sondern die Abhängigkeitsverhältnisse werden die Produkte vertrieben und auf Grund langfristiger Lieferverträge direkt an die Konsumenten geliefert.

Der Sozialismus nimmt dem Bauern nur eine scheinbare Freiheit. Die Freiheit des Bauern im Kapitalismus war nur der Grund seiner Knechtschaft: der Freiheit des Handels, des Ankaufs und des Abgangs-Verkaufs ihre Ausbeutung.

Es gilt dem Bauern klar zu machen, daß ihn eine Interessenlosigkeit mit dem Lohnarbeiter verbindet, die weit stärker ist als der angelegliche Gegensatz zwischen Warenkäufer und Verkäufer.

Wie läßt sich der Hauptbahnhof verkehrstechnisch verbessern? Es ist bekannt, daß der Breslauer Hauptbahnhof den gesteigerten Verkehrsansprüchen nicht entspricht, und daß sich...

über gar nicht berührt. Eine baldige grundlegende Änderung tut not.

Nach den sorgfältig durchdachten Ausführungen des Hauptreferenten, können die Verkehrsverhältnisse mit am höchsten werden durch Anlegung einer neuen breiten Unterführung, die in dem vorgezeichneten Maßstab des Bahnhofs ihren natürlichen Ausgang findet.

Der Präsident der Eisenbahndirektion erklärte hinsichtlich der Kosten, daß die Stadt und die Provinz in erster (?) Linie das Umbauprojekt finanzieren müßten.

Es sei erwünscht, so wenig Linien wie möglich durch die Taschenstraße, Gartenstraße und Leichstraße zu leiten und die Fahrtrichtungen möglichst klar zu trennen durch bestimmte Fahrbahnen und Anstöße.

Nach die Umgehung des Bahnhofs wurde scharf kritisiert und darauf hingewiesen, daß sich in vielen Städten Deutschlands eine Parastraße vor dem Hauptbahnhof befindet.

Arbeiter-Bildungs-Ausschuß Breslau. Nach Prüfung der Bücherbestände, die die Volkswacht-Buchhandlung gegenwärtig im Gewerkschaftshaus, Margaretenstraße 17, Zimmer 7/8, in ihrer Weihnachtsausstellung ausstellt, kann der Arbeiter-Bildungsausschuß den Genossinnen und Genossen empfehlen, ihren Weihnachtsbedarf in dieser Ausstellung zu decken.

Weihnachtsbeihilfen für die Erwerbslosen. Auf sozialdemokratischen Antrag hat die Stadtverordnetenversammlung beschlossen, den Breslauer Erwerbslosen Weihnachtsbeihilfen zu gewähren und zwar:

Table with 2 columns: Category and Amount. Includes rows for Reichsmark, Chekrou, and per child.

Die Magistrate ist diesem Beschluß beigetreten. Die Verzögerung wird noch vor Weihnachten durch das Wohlfahrtsamt stattfinden. Schriftliche Anträge auf Bewilligung der Beihilfen sind von den Erwerbslosen nur in Ausnahmefällen, die aus der Bekanntmachung hervorgehen, zu stellen.

Angelica Balabanoff. Viele unserer Genossen werden - allzusehr hat der Krieg und die Nachkriegszeit unseren Gesichtskreis auf das eigene Land beschränkt - den Namen der Genossin Balabanoff nicht oder nur flüchtig kennen.

Genossin Angelica Balabanoff ist eine russische Revolutionärin, die schon als junge Studentin das Revütage ihrer Geburt und Erziehung bedenkenlos preisgab, um sich der Sache der Entrechteten und Ausgebeuteten zu widmen.

Nach trennt uns von Angelica Balabanoff eine an sich geringfügige Meinungsverschiedenheit über die internationale Organisation der Arbeiterparteien, die im Grunde auf die Spaltung der beiden sozialistischen Parteien Italiens zurückgeht.

St. Bureaucratins. Am 3. Dezember, morgens 8 Uhr, wurde ein Arbeiter aus einer Größlerener Papierwarenfabrik auf das Wohlfahrtsamt am Mittelplatz bestellt.

Am 3. Dezember, morgens 8 Uhr, wurde ein Arbeiter aus einer Größlerener Papierwarenfabrik auf das Wohlfahrtsamt am Mittelplatz bestellt.

Am 3. Dezember, morgens 8 Uhr, wurde ein Arbeiter aus einer Größlerener Papierwarenfabrik auf das Wohlfahrtsamt am Mittelplatz bestellt.

Am 3. Dezember, morgens 8 Uhr, wurde ein Arbeiter aus einer Größlerener Papierwarenfabrik auf das Wohlfahrtsamt am Mittelplatz bestellt.

Am 3. Dezember, morgens 8 Uhr, wurde ein Arbeiter aus einer Größlerener Papierwarenfabrik auf das Wohlfahrtsamt am Mittelplatz bestellt.

Am 3. Dezember, morgens 8 Uhr, wurde ein Arbeiter aus einer Größlerener Papierwarenfabrik auf das Wohlfahrtsamt am Mittelplatz bestellt.

Am 3. Dezember, morgens 8 Uhr, wurde ein Arbeiter aus einer Größlerener Papierwarenfabrik auf das Wohlfahrtsamt am Mittelplatz bestellt.

Um die Eingemeindung.

Der Gemeindevorstand des Staatsrates ist heute bei uns in Breslau zu Besuch, um das Eingemeindungsgebiet zu besichtigen. Wir haben in dem Beschlusse des Staatsrates, diese Besichtigung vorzunehmen, eine weitere bedauerliche Verzögerung der Eingemeindung erblickt, die doch endlich einmal erfolgen muß.

Kleinburg, 30 Jahre Breslauer Vorstadt.

Im Jahre 1203 wurde Kleinburg zuerst genannt als Borki oder Boret, was so viel als Wäldchen bedeutet. Deutsche Siedler kauften den Namen auf Burg um. Das Dorflein war nur drei Hufen und fünf Morgen groß, weshalb es Wenigeburg hieß, woraus dann später Kleinburg wurde.

Anfang des 14. Jahrhunderts erwarb den Flecken ein Breslauer Bürger Johann von Lübed, der es 1372 an die Verwaltung des städtischen Trinitatshospitals über das Hospitals zum Heiligen Leichnam veräußerte. Die Verwaltung behielt das Land bis vor etwa 50 Jahren, der letzte Teil wurde erst 1881 verkauft.

Der Rittergutsbesitzer Schottländer besaß das Land hinter Kleinburg und gab davon etwa 30 Hektar unentgeltlich der Stadt Breslau, die nach Plänen des städtischen Gartendirektors Richter den Südpark einrichtete. Inzwischen hatte die Baugesellschaft Quistorf & Co. die Anlage eines Villenviertels nach Berliner Art geplant und die erhaltenen Straßen bekamen die Namen der darauf gepflanzten Bäume. So entstand Kleinburg, war jedoch noch ein Dorf außerhalb Breslaus. 1893 wollte der Magistrat den Ort der Stadt eingemeinden, doch die Villenbesitzer verweigerten diesen Plan aus steuerlichen Gründen zu vereiteln. 1897 wurde jedoch nach hartem Kampfe die Eingemeindung vollzogen.

Die Hauptstraße aus dem Süden hieß Kleinburgstraße. Sie wurde 1877 in Kaiser-Wilhelm-Straße umgetauft. Doch noch bis 1881 war sie Privatweg des Trinitatshospitals, erst nach dieser Zeit wurde sie als öffentliche Straße betrachtet. Heute bildet die Gegend das Prakenerviertel von Breslau. Hier wohnen neben Rittergutsbesitzern und Geldbaronen aus aller Zeit die Großkaufleute und sonstigen Reichen, unter denen, nebenbei gesagt, sich eine ganze Menge Schieber und Neureiche befinden.

Verlegung von Leitungen in Bauten.

Die städtische Baupolizeiverwaltung schreibt uns: In der letzten Zeit haben wir wieder mehrfach Eisenbeton- und Steineisenbeton beanstanden müssen, deren Tragfähigkeit durch unangemessenes Verlegen von Leitungen bedenklich vermindert worden war. Durch Stemmarbeiten wurden in vielen Fällen gerade diejenigen Teile der Decken in Mitleidenschaft gezogen, die für ihren Bestand von wesentlicher Bedeutung sind.

- 1. Stemmarbeiten an tragenden Bauteilen (Mauerwerk, Tragwänden, Massivdecken, Eisenbetonkonstruktionen) zur Einlegung von Leitungen aller Art sind nach Möglichkeit zu vermeiden. Die für die Verlegung von Leitungen erforderlichen Öffnungen und Schlitze sind bereits bei der Herstellung der genannten Bauteile vorzusehen. 2. Unumgänglich notwendige Stemmarbeiten sind entweder nach vorheriger Verständigung mit derjenigen Firma, welche die in Frage kommenden Bauteile hergestellt hat, oder durch diese selbst auszuführen.

Im Zuwiderhandlungsfalle müßten wir die Verlegungsarbeiten untersagen und die nachsichtsmäßige Wiederherstellung der geschwächten Bauteile veranlassen. Auch machen wir auf die Strafbestimmungen der §§ 222, 330 und 367 des Reichsstrafgesetzbuches aufmerksam.

Theater und Musik.

Orchesterkonzert.

Dem Programm des dritten vollstimmigen Sinfoniekonzertes des Orchestervereins unter Hermann Behrs Leitung, darf man nachsagen, daß es von stilistisch-einheitlichem Geiste erfüllt war. Die drei großen, zwar wesenverwandten, aber im Grunde doch unterschiedlichen Romantiker Weber, Mendelssohn und Schumann waren mit bekannten Werken vertreten, und selbst der mit zwei belanglosen, von Kapell teilw. fühl, teils allzu gesucht instrumentierten Tanzstücken herangezogene moderne Franzose Debussy stellte sich als kein störenfriedlicher Nachbar heraus. Die beiden Kompositionen gehörten nicht zu den typischen und sind daher außerhande, Debussy als das auszuweisen, was er in der Hauptsache war: ein Meister der orchestrale Farbendielekt. Nach der temperamentvoll durchgeführten „Freiwillig“-Ouvertüre, einem Paradestück Behrs, kam wieder einmal das Mendelssohnische (einzige) Violinkonzert zu Gehör. Charlotte Rosen brachte dafür keinen fülligen, schmelzreichen und singenden Ton auf, sondern verjuchte das Fehlende an Größe durch Reichheit, Milde und Breite zu ersetzen. Lob verdient die präzise Gedächtnis- und die sorgfältig durchgeführte technische Leistung. Mit Schumanns vierter Sinfonie schloß der Abend. Das gewissermaßen zu einem Satz vereinigte Werk weit ohne Zweifel manche verstaubte und veraltete Wendung auf, und das Modulatorische müßte, besonders im ersten Satz mitunter hart erklingen an, aber der Schönheit gibt es dennoch so viele darin, daß man ihm immer wieder gern zuhört. Das Orchester war außerordentlich gut und das Programmnummer in völligem Einverständnis mit dem Dirigenten, beifallswürdig wieder. W. S.-ber.

Welcher Erwerbslose bekommt eine Weihnachtsbeihilfe?

Die Sozialdemokratische Partei hatte am Dienstag im Gewerkschaftshaus eine Erwerbslosenversammlung angeht, um im Gegensatz zu den theoretischen Verhandlungen der SPD...

Der Antrag unserer Fraktion lautet auf eine Weihnachtsbeihilfe von 20 Mark für jeden Erwerbslosen, 10 Mark für die Ehefrau und 5 Mark für jedes Kind. Dieser Antrag wurde auch vom Magistrat und der Stadtverordnetenversammlung angenommen...

Die Arbeitslosen in den Gruppen 10 und 11, also die „besser gestellten“ Arbeitslosen, erhalten diese Beihilfe nur auf einen besonderen, schriftlich gestellten Antrag hin. Erhalten auch die Kostensarbeiter diese Unterstützung? Das Wohlfahrtsamt glaubt diese Frage verneinen zu müssen...

„Eine am Dienstag, dem 6. Dezember 1927, im Gewerkschaftshaus tagende Erwerbslosenversammlung nimmt Kenntnis von der von Stadtverordnetenversammlung und Magistrat beschlossenen Weihnachtsunterstützung.“

Die Versammlung dankt der sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion für ihr händiges und unermüdeltes Eintreten für die Erwerbslosen wie für alle Notleidenden überhaupt und spricht ihr das vollste Vertrauen aus.

Ein verhängnisvoller Jahrs-Irrtum! Im Hinblick auf verschiedene in letzter Zeit vorgekommene Justizirrtümer beantragt das Problem in dem Film „Staatsanwalt Jordan“...

Die Kirche des Weltengottes und die Menschheit. Mit der Fortschrittung des Weltengottes ist es eine neue Bewandnis zu haben. Die Menschen sind Menschheit nicht etwa international, sondern hierher ihres Glaubensherdes...

Sozialdemokratische Partei Gewerkschaftshaus, Zimmer 30

Wahlung Sachbes. Die Funktionäre erscheinen Donnerstag, den 8. Dezember, in der Wahllochküche zu einer gemeinsamen Sitzung mit den Funktionären...

Jugendaktivitäten. In unseren Gruppen ist heute hingewiesen auf unsere Buchausstellung am kommenden Sonntag von 2 bis 5 Uhr in der Volkerschule.

Jugendaktivitätliche Arbeitsgemeinschaften. Heute, 20 Uhr, in folgenden Lokalen: Gruppe Oberer Str., Brodaustr. Arbeitsgemeinschaft „Grundzüge des Kommunismus“...

Sozialistische Arbeiter-Jugend. Jugendaktivitätliche Arbeitsgemeinschaft. Heute, 20 Uhr, in der Jüdischen Schule. Wer nicht kommt, verliert sich am Ballerande...

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold. Ortsverein. Kameraden. Besucht die Versammlung am 14. Dezember, in der Tagungsaal Kameraden und Nationalrat Dr. Paulsch, Wien, als Referent...

Freiwerkwirtschaftliches Jugendpartei. Kameraden. Unsere nächste Versammlung findet heute abend 8 Uhr im Kameradsaal des Gewerkschaftshauses statt. Kollege G. A. S. wird über: „Der Kärntner und die Arbeiter“ sprechen...

Kameradschaftliche Jugendpartei. Kameraden. Unsere nächste Versammlung findet heute abend 8 Uhr im Kameradsaal des Gewerkschaftshauses statt. Kollege G. A. S. wird über: „Der Kärntner und die Arbeiter“ sprechen...

Freiwerkwirtschaftliches Jugendpartei. Kameraden. Unsere nächste Versammlung findet heute abend 8 Uhr im Kameradsaal des Gewerkschaftshauses statt. Kollege G. A. S. wird über: „Der Kärntner und die Arbeiter“ sprechen...

Freiwerkwirtschaftliches Jugendpartei. Kameraden. Unsere nächste Versammlung findet heute abend 8 Uhr im Kameradsaal des Gewerkschaftshauses statt. Kollege G. A. S. wird über: „Der Kärntner und die Arbeiter“ sprechen...

Freiwerkwirtschaftliches Jugendpartei. Kameraden. Unsere nächste Versammlung findet heute abend 8 Uhr im Kameradsaal des Gewerkschaftshauses statt. Kollege G. A. S. wird über: „Der Kärntner und die Arbeiter“ sprechen...

Freiwerkwirtschaftliches Jugendpartei. Kameraden. Unsere nächste Versammlung findet heute abend 8 Uhr im Kameradsaal des Gewerkschaftshauses statt. Kollege G. A. S. wird über: „Der Kärntner und die Arbeiter“ sprechen...

Freiwerkwirtschaftliches Jugendpartei. Kameraden. Unsere nächste Versammlung findet heute abend 8 Uhr im Kameradsaal des Gewerkschaftshauses statt. Kollege G. A. S. wird über: „Der Kärntner und die Arbeiter“ sprechen...

Freiwerkwirtschaftliches Jugendpartei. Kameraden. Unsere nächste Versammlung findet heute abend 8 Uhr im Kameradsaal des Gewerkschaftshauses statt. Kollege G. A. S. wird über: „Der Kärntner und die Arbeiter“ sprechen...

Freiwerkwirtschaftliches Jugendpartei. Kameraden. Unsere nächste Versammlung findet heute abend 8 Uhr im Kameradsaal des Gewerkschaftshauses statt. Kollege G. A. S. wird über: „Der Kärntner und die Arbeiter“ sprechen...

Freiwerkwirtschaftliches Jugendpartei. Kameraden. Unsere nächste Versammlung findet heute abend 8 Uhr im Kameradsaal des Gewerkschaftshauses statt. Kollege G. A. S. wird über: „Der Kärntner und die Arbeiter“ sprechen...

Freiwerkwirtschaftliches Jugendpartei. Kameraden. Unsere nächste Versammlung findet heute abend 8 Uhr im Kameradsaal des Gewerkschaftshauses statt. Kollege G. A. S. wird über: „Der Kärntner und die Arbeiter“ sprechen...

Freiwerkwirtschaftliches Jugendpartei. Kameraden. Unsere nächste Versammlung findet heute abend 8 Uhr im Kameradsaal des Gewerkschaftshauses statt. Kollege G. A. S. wird über: „Der Kärntner und die Arbeiter“ sprechen...

Freiwerkwirtschaftliches Jugendpartei. Kameraden. Unsere nächste Versammlung findet heute abend 8 Uhr im Kameradsaal des Gewerkschaftshauses statt. Kollege G. A. S. wird über: „Der Kärntner und die Arbeiter“ sprechen...

Freiwerkwirtschaftliches Jugendpartei. Kameraden. Unsere nächste Versammlung findet heute abend 8 Uhr im Kameradsaal des Gewerkschaftshauses statt. Kollege G. A. S. wird über: „Der Kärntner und die Arbeiter“ sprechen...

Freiwerkwirtschaftliches Jugendpartei. Kameraden. Unsere nächste Versammlung findet heute abend 8 Uhr im Kameradsaal des Gewerkschaftshauses statt. Kollege G. A. S. wird über: „Der Kärntner und die Arbeiter“ sprechen...

Freiwerkwirtschaftliches Jugendpartei. Kameraden. Unsere nächste Versammlung findet heute abend 8 Uhr im Kameradsaal des Gewerkschaftshauses statt. Kollege G. A. S. wird über: „Der Kärntner und die Arbeiter“ sprechen...

Freiwerkwirtschaftliches Jugendpartei. Kameraden. Unsere nächste Versammlung findet heute abend 8 Uhr im Kameradsaal des Gewerkschaftshauses statt. Kollege G. A. S. wird über: „Der Kärntner und die Arbeiter“ sprechen...

Freiwerkwirtschaftliches Jugendpartei. Kameraden. Unsere nächste Versammlung findet heute abend 8 Uhr im Kameradsaal des Gewerkschaftshauses statt. Kollege G. A. S. wird über: „Der Kärntner und die Arbeiter“ sprechen...

Freiwerkwirtschaftliches Jugendpartei. Kameraden. Unsere nächste Versammlung findet heute abend 8 Uhr im Kameradsaal des Gewerkschaftshauses statt. Kollege G. A. S. wird über: „Der Kärntner und die Arbeiter“ sprechen...

Freiwerkwirtschaftliches Jugendpartei. Kameraden. Unsere nächste Versammlung findet heute abend 8 Uhr im Kameradsaal des Gewerkschaftshauses statt. Kollege G. A. S. wird über: „Der Kärntner und die Arbeiter“ sprechen...

Freiwerkwirtschaftliches Jugendpartei. Kameraden. Unsere nächste Versammlung findet heute abend 8 Uhr im Kameradsaal des Gewerkschaftshauses statt. Kollege G. A. S. wird über: „Der Kärntner und die Arbeiter“ sprechen...

Freiwerkwirtschaftliches Jugendpartei. Kameraden. Unsere nächste Versammlung findet heute abend 8 Uhr im Kameradsaal des Gewerkschaftshauses statt. Kollege G. A. S. wird über: „Der Kärntner und die Arbeiter“ sprechen...

Freiwerkwirtschaftliches Jugendpartei. Kameraden. Unsere nächste Versammlung findet heute abend 8 Uhr im Kameradsaal des Gewerkschaftshauses statt. Kollege G. A. S. wird über: „Der Kärntner und die Arbeiter“ sprechen...

Freiwerkwirtschaftliches Jugendpartei. Kameraden. Unsere nächste Versammlung findet heute abend 8 Uhr im Kameradsaal des Gewerkschaftshauses statt. Kollege G. A. S. wird über: „Der Kärntner und die Arbeiter“ sprechen...

Amlicher Wetterbericht des Meteorologischen Observatoriums Brietern bei Breslau. Während sich am Morgen der Nebel, der das Glatzgebiet und die Glatzfelder umgeben hat, bereits über dem Glatzgebiet abgekühlt hat...

Beste Wetternachrichten. Table with columns: Datum, Temperatur (max, min, mittl), Wind, Wetter. Includes data for 7.12.27 for various locations like Glatz, Glatzfelder, Glatzberg, etc.

Wasserstand 7. Dezember. Table with columns: Station, Wasserstand, Abflussmenge. Includes data for Glatz, Glatzfelder, Glatzberg, etc.

Geschäftliches. Eine überaus schöne Festtage ist es, daß man den beliebten Glatzfelder Kuchen mit 10, 25 und 40 Prozent Rohmaterial nach Belieben noch Glatzfelder Kuchen oder Glatzfelder Kuchen und beschaffte außerordentlich billig.

Bereinstalender. Steinmetzen. Sonntag, den 8. Dezember, in der Turnhalle. Abends 7 1/2 Uhr, eine wichtige Versammlung.

Fordert in allen Kinos „Die Volkswochenschau“

Staatsanwalt Jordan

Donnerstag, den 8. Dez. 7 Uhr, in den Gewerkschaftshaus-Lichtspielen. Der Justiz-Irrtum!

Gutes Kulturprogramm! Volkswochenschau! Jugend u. Kinder verboten. Programmbeginn 5 u. 8 Uhr. Erwerbslose bis 5 Uhr nur 25 Pl. Sonnt. Kinokarteplatz 50 Pl. Arbeiter-Sport-Kartell e. V.

zur Sprache, daß bei der Einbürgerung Auswärtiger Breslauer Geistliche für eine kirchliche Feier in Anspruch genommen werden. Die Versammlung beschloß, in diesen Fällen die Gebühr von 20 auf 30 Mark zu erhöhen...

Die Winterfeier der Arbeit an Sonnabend, den 10. Dezember, ist keine Weihnachtsfeier im üblichen Sinne. Die Freigewerkschaftsjugend will besonders zur Winterzeit auch in ihren Reihen die Gedanken der modernen Arbeiterbewegung zum Ausdruck bringen...

Die Winterfeier der Arbeit an Sonnabend, den 10. Dezember, ist keine Weihnachtsfeier im üblichen Sinne. Die Freigewerkschaftsjugend will besonders zur Winterzeit auch in ihren Reihen die Gedanken der modernen Arbeiterbewegung zum Ausdruck bringen...

Die Winterfeier der Arbeit an Sonnabend, den 10. Dezember, ist keine Weihnachtsfeier im üblichen Sinne. Die Freigewerkschaftsjugend will besonders zur Winterzeit auch in ihren Reihen die Gedanken der modernen Arbeiterbewegung zum Ausdruck bringen...

Die Winterfeier der Arbeit an Sonnabend, den 10. Dezember, ist keine Weihnachtsfeier im üblichen Sinne. Die Freigewerkschaftsjugend will besonders zur Winterzeit auch in ihren Reihen die Gedanken der modernen Arbeiterbewegung zum Ausdruck bringen...

Gewerkschaftshaus - Lichtspiele. Bei fast jeder Vorstellung bleiben Bekleidungsgegenstände im Saal zurück. Der Restier werden gebeten, immer am nächsten Tage am Büfett im Restaurant des Gewerkschaftshauses nachzugeben...

Breslauer Produktenbörse vom 6. Dezember. Amliche Notierungen der an der Breslauer Produktenbörse am 6. Dezember 1927 notierten Preise in Reichsmark...

Getreide. Table with columns: Name, 50kg, 100kg. Includes: Weizen 74kg, Roggen 71kg, Hafer, Braugerste, etc.

Hüllensrühe (je 100 kg). Table with columns: Name, 6, 2, 6, 2. Includes: Weizenroh, gelbe Erbsen, etc.

Rohstoffe. Table with columns: Name, 1.20, 1.80, 1.20, 1.20. Includes: K. u. W. Drabprege, K. u. W. Drabprege, etc.

Wollwaren. Table with columns: Name, 15.50-16.50, 15.00-16.50, 15.00-16.50. Includes: Wollstoffe, etc.

Wollwaren. Table with columns: Name, 37.00, 37.00, 37.00. Includes: Wollstoffe, etc.

Allgemeine Kranken- und Sterbefälle der Metallarbeiter
 anderer gewerblicher Arbeiter (M.M.G.) Domburg. In der
 Sitzung der Verwaltungsstelle Breslau wurde Kenntnis ge-
 nommen von dem günstigen finanziellen Stand der Kasse. Die
 Vorstehenden gemachten Ausführungen ergaben eine rege
 Tätigkeit. Es wurde beschlossen, den Hauptvorstand und Auf-
 sichtsrat zu erlauben, auf Grund der finanziellen Lage der Sterbe-
 kasse eine Prüfung vorzunehmen, um das Serbegeld zu er-
 halten. Zum Schluss wurde nochmals auf die besondere Auf-
 gabe der Kasse hingewiesen, die doch in Krankheitsfällen einen
 Ausgleich der Differenz zwischen Arbeitsverdienst und Leistung
 der Pflichterfüllung ermöglicht. Kassenlokal: Breslau, Hotel „Geiß-
 büche“, Oberstraße 23; Kassenstunden: Montag von 18—20 Uhr,
 Sonnabend von 18—21 Uhr.

Theaterbillets als Weihnachtsgeschenk. Die Breslauer
 Volksbühne gibt als ein besonders wertvolles Weihnachtsgeschenk
 Mitgliedern aus, die der Beschenke zum unentgeltlichen
 Besuch von vier bis sechs Schauspielen, oder
 Opern-Vorstellungen in den Monaten Januar bis Juni
 benutzen kann. Die Karten kosten — je nach der Art der Vor-
 stellungen — 4 bis 10 Mark und werden in der Geschäftsstelle der
 Volksbühne, Albrechtstraße 32, werktags von 10 bis 14 und 17
 bis 19 Uhr, Mittwoch und Sonnabend auch von 14 bis 17 Uhr
 ausgegeben.

Beim Entladen von Kohlen verunglückt. Am Dienstag
 nachmittag verunglückte der Arbeiter Heinrich König, Ullow-
 straße 13 wohnhaft, als er auf dem Güterbahnhof Breslau-Ost
 mit dem Ausladen von Kohlen beschäftigt war. Er glitt aus,
 stürzte und schlug mit dem Kopf auf die Schienen, wobei er Ver-
 letzungen erlitt und in das Bahnen-Krankenhaus geschafft
 werden mußte.

Laßendiebstahl. In einem Geschäft in der Straußen-
 straße wurde einer Frau ein Portemonnaie mit 40 Mark gestohlen.
 Ein weiterer Laßendiebstahl ist in einem Geschäft in der
 Schmiedebühne ausgeführt worden, wobei einer Frau eine Geld-
 tasche mit 40 Mark und verschiedenen Ausweispapieren ent-
 wendet wurde.

Tot aufgefunden wurde eine Geheimratswitwe in ihrer
 von innen verschlossenen Wohnung, Herzogstraße 27. Da die
 Todesursache nicht geklärt werden konnte, wurde die Leiche be-
 schlagnahmt und in die Anatomie eingeliefert.

Aus Schlesien.

Der Ausbau der Oder als Wasserstraße.

Rein Bahnbau Zentnerbrunn—Heiderdorf.
 Was Herr Reichsverkehrsminister Koch darüber zu sagen weiß.

Auf eine kürzlich im Reichstag eingebrachte Interpellation
 des Zentrums über den Ausbau der Oder als Wasserstraße an-
 wortete der Reichsverkehrsminister Dr. Koch am Sonnabend,
 indem er in einer längeren Rede die Pläne der Reichsregierung
 zur Wasserstraßenpolitik der östlichen Provinzen darlegte:

In der wasserwirtschaftlichen Vorlage 1901 wurde in Aus-
 sicht genommen, die Oder so zu vertiefen, daß normale Oberlähne
 von 400 Tonnen Tragfähigkeit das ganze Jahr hindurch mit
 voller oder wenigstens Dreiviertelbeladung verkehren könnten. Ob-
 wohl diese Kanalvorlage damals abgelehnt wurde, hat Preußen
 bereits 1905 begonnen, die von Schlesien für den Mittellandkanal
 geforderten Kompensationen zu gewähren. 1906 bis 1917 wurde
 die Oder von der Mündung der Glatzer Neiße bis Breslau
 kanalisiert und der Umgehungs Kanal bei Breslau ausgeführt.
 Weiter unterhalb wurde die Oder auf einigen Strecken probeweise
 reguliert. Die Versuche zeigten ein befriedigendes Ergebnis. Das
 Gesetz vom 30. Juni 1918 brachte alsdann den Entschluß zur Ver-
 besserung der Oder-Wasserstraße von Breslau bis Fürstenberg.
 Dieses Gesetz wird auf Grund des Staatsvertrages von 1921
 jetzt vom Reich durchgeführt. Neben Regulierungs-
 arbeiten sieht es den Bau des Staubeckens von Ot-
 machau vor.

Durch dieses Staubecken soll der Wasserstand der Oder bei
 Niedrigwasser so aufgehört werden, daß, abgesehen von ganz un-
 gewöhnlichen Jahren, die Möglichkeit erreicht werden wird, auch
 unterhalb Breslaus mindestens mit Dreiviertelbeladung zu fahren.

Nun sind aus Anlaß von Nachrichten über die Einschränkung
 des Reichshaushaltsentwurfes für 1928 die schlesischen Sorgen
 erneut aufgelebt. Diese Sorgen sind der Reichsregierung nicht
 unbekannt, sie sind aber meines Erachtens unbegründet. Zwar
 hat bekanntlich die ernste Finanzlage des Reiches dazu gezwungen,
 daß an den Haushaltsplänen aller (?? Red.) Ministerien sehr
 erhebliche Abstriche vorgenommen werden mußten. Von solchen
 Abstrichen ist auch der Mittellandkanal getroffen worden. Die
 für 1928 angeforderten Geldmittel sind so stark eingeschränkt
 worden, daß mit der Fertigstellung des Mittellandkanals selbst
 dann nicht vor 1937 gerechnet werden kann, wenn es in den
 nächsten Jahren möglich sein sollte, höhere Baukosten zur Ver-
 fügung zu stellen. Auch die für den Ausbau der Oder
 unterhalb Breslaus in Aussicht genommenen
 Mittel sind stark zusammengestrichen worden.
 Das ergibt vertretbar (? Red.), da sich inzwischen übersehen ließ,
 daß die in den beiden letzten Jahren ungewöhnlich lange an-
 haltenden hohen Wasserstände der Oder die Durchführung der
 Arbeiten so stark behindert haben, daß noch erhebliche Restbeträge
 der Baukosten 1927 in das Jahr 1928 übergehen werden. In den
 folgenden Jahren dagegen werden sich planmäßige Fortsetzung
 des Ausbaues weit höhere Beträge flüssig gemacht werden müssen.
 Die Bauarbeiten für das Staubecken Otmachau haben
 wir ebenfalls einschränken müssen. Auch hier werden voraus-
 sichtlich größere Reste von 1927 übertragen werden können, da
 mit Rücksicht auf die außerordentliche Sorgfalt, mit der die Vor-
 arbeiten im Gelände durchgeführt werden mußten, mit der
 Schüttung des eigentlichen Staubeckens erst 1928 begonnen
 werden kann. Um das Staubecken planmäßig bis 1932 fertig-
 stellen zu können, werden wir in den folgenden Jahren das hohe
 Haus um erheblich größere Mittel angehen müssen. Die Vor-
 arbeiten für den Kłodzkanal, dessen Aufgabe die Ver-
 besserung der Wasserlage der ober-schlesischen Industrie sein würde,
 sind seit einem Jahre im Gange. Ihr Abschluß ist in nicht mehr
 ferner Zeit (?) zu erwarten. Von dem Ergebnis dieser Vor-
 arbeiten wird es abhängen, ob der Kanal als wirtschaftlich und
 baumäßig seitens der Reichsregierung empfohlen werden kann.
 Im Zusammenhang mit dem Kłodzkanal wird auch die Frage
 des Baues eines Staubeckens bei Nieder-Grana
 weiter verfolgt. In dem Bodenaushub dieses Beckens ist der
 Bergbau wegen des dort zu gewinnenden Sandes für den Versuch
 der abgebauten Flöße interessiert. Die Verhandlungen mit den
 Bergwerksgesellschaften, insbesondere mit der Preussischen Berg-
 bau A.G. sind noch im Gange.

Für die wirtschaftliche Gestaltung der Oder-Schiffahrt
 in ihrem bedeutendsten Verkehrsteil, der Kohlenfahrt nach Berlin,
 wird auch der 1919 begonnene Ausbau des Oder-Spree-
 Kanals erhebliche Vorteile bringen. Hier wird bei Fürstenberg
 die 1000-Tonnen-Zwillingsschleuse geschaffen. Die übrigen
 Schleusen werden erweitert und auch die Schiffbarkeit der freien
 Strecke verbessert. Durch diese Maßnahmen soll der Verkehr von
 600-Tonnen-Schiffen, die auch für den Mittellandkanal zunächst
 nur in Frage kommen, ermöglicht werden. Die Arbeiten werden
 voraussichtlich 1930 beendet sein. Zur Verbesserung der Verkehrs-
 möglichkeiten zwischen dem Neuzoder, dem Reichenbacher Industrie-
 gebiet und Breslau ist der Bau einer Reichsbahnstrecke von
 Station Zentnerbrunn über Reichenbach i. Schl.
 nach Heiderdorf angeregt worden. Man erwartet von
 dieser Bahnstrecke die Möglichkeit, dem Neuzoder Kohlenbergbau
 eine Stelle der nach dem Krieg eingeschränkten Abnahmefähigkeit
 nach der Tschechoslowakei neue Absatzgebiete in Schlesien zu er-
 schließen. Ich habe veranlaßt, daß die Hauptverwaltung der
 preussischen Reichsbahngesellschaft das Projekt auf Baukosten und
 Rentabilität untersucht hat. Das Ergebnis ist folgendes: Die
 Teilstrecke Zentnerbrunn—Reichenbach (16 Kilometer) würde
 15 Millionen, die Teilstrecke Reichenbach—Heiderdorf (20 Kilo-
 meter) 4,8 Millionen Mark kosten. In diese Rechnung sind

die Aufwendungen für neu zu beschaffende Betriebsmittel
 nicht eingerechnet. Die Bauausführung ist deshalb so außer-
 ordentlich teuer, weil gebirgiges Gelände durchschnitten werden
 muß und in dem Abschnitt Zentnerbrunn—Reichenbach u. a. ein
 8,7 Kilometer langer Tunnel zur Überwindung des Enten-
 gebirgsstammes erforderlich sein würde. Starke Neigungen auf
 längere Strecken, zum Beispiel 1:50 auf etwa 7 Kilometer,
 würden besonders hohe Betriebskosten erfordern. Die Deutsche
 Reichsbahngesellschaft glaubt, bei dieser geringen Rentabilität,
 insbesondere mit Rücksicht auf ihre derzeitige Finanzlage, der Aus-
 führung dieses Bahnprojektes nicht näher treten zu können, da
 sie die Mittel zur Veranschlagung des Baukapitals sonst auf ihr
 übriges Reg. umlegen müßte. Nachdem sich die Finanzierung des
 für 1927 geplanten Reichsbahn-Bauprogramms bis jetzt noch nicht
 hat ermöglichen lassen, läßt sich zurzeit leider noch nicht übersehen,
 ob Reichsmittel für den genannten Bahnbau zur Ver-
 fügung gestellt werden könnten.

Man kann wohl kaum behaupten, daß die Rede des Reichs-
 verkehrsministers in Schlesien Befriedigung auslösen wird. Die
 Gegenüberstellung, daß der Mittellandkanal — voraussichtlich —
 später fertig wird, wie das Otmachauer Staubecken ist sinnlos,
 denn so notwendig der Mittellandkanal an sich sein mag, so ist
 er doch nicht mit den schlesischen Verkehrsproblemen vergleichbar.
 Dort handelt es sich um Gebiete, die an sich immerhin verkehrs-
 technisch einigermaßen erschlossen sind und im Mittelpunkt des
 Reichsgebietes liegen, während Schlesien, vom übrigen Reich ab-
 steigend, von Gebirgswällen und politischen Grenzen umgeben ist,
 über die — abgesehen von den zollpolitischen Hindernissen — ja
 auch nur ganz ungenügende Verkehrsverhältnisse führen.

Der Reichsverkehrsminister scheint anzunehmen, daß die
 Entwicklung des Kohlenmarktes, die Rationalisierung und Ver-
 wertung der Nebenprodukte in der übrigen Welt einfach warten
 wird, bis man die schlesische Kohle günstig verkaufen kann. Wir
 sind nicht ganz so optimistisch und uns scheint es auch nicht Rich-
 haltig, daß man Eisenbahnen dort nicht baut, wo gebirgiges
 Terrain besondere Schwierigkeiten und einige Mehrkosten hervor-
 ruft. Deutschland hat so wenig Gebirge daß die Umlegung der
 Mehrkosten auf das gesamte deutsche Bahnnetz die Deutsche

Reichsbahn sicher nicht in ihrer Existenz gefährden würde. Es
 gibt da so noch andere Einsparungsmöglichkeiten, beispielsweise
 beim Bahnschub. Die Bevölkerung im schlesischen Gebirge — das
 nicht nur auf der genannten Strecke einer Ausgestaltung der Ver-
 kehrsmöglichkeiten bedarf — wird auf die Wände dieser Privat-
 truppe, über die wir kürzlich berichteten, gerne verzichten, wenn
 neue Strecken gebaut und damit die wirtschaftliche Entwicklung
 gefördert wird. Es soll in allen Zeiten einmal einen reichlichen
 Minister gegeben haben, der den Bau neuer Eisenbahnstrecken
 ablehnte, weil in der betreffenden Gegend noch nicht genügend
 Verkehr sei. Scheinbar befindet man sich bei der Deutschen Reichs-
 bahn und auch beim Reichsverkehrsministerium auf dem besten
 Wege, zu derartigen Gesichtspunkten absolutistischer Beschrän-
 kung zurückzukehren. Etwas weniger schöne Reden über das hier-
 zustande angeblich bedrohte Deutschland — auch Herr Koch vergah
 nicht, das Herz der Reichsregierung für die Grenzgebiete zu er-
 wähnen — und mehr Taten tun Schlesien dringend not.

Sitzberg. Beinahe ertrunken wäre im Benach-
 barten Städtchen der 10jährige Gerhard Holz, der sich auf
 der versteinert dünnen Eisdecke des Boders tummelte. Die
 Eltern waren nicht rechtzeitig zu Hause. Mit vieler Mühe gelang
 es, ihn noch lebend zu retten.

Hindenburg. Die Gasterntversorgung gesichert.
 Die Stadt Beuthen hat den mit der Stadt Hindenburg abzu-
 schließenden Vertrag wegen der Gasterntversorgung in geheimen
 Sitzung angenommen. Damit steht, zumal die Vertreter beider
 Städte sich in allen kritischen Punkten geeinigt haben, der An-
 nahme dieses für die Entwicklung des ober-schlesischen Industrie-
 gebietes so wichtigen Vertrages im Hindenburg Stadtparlamen-
 tent nichts mehr im Wege.

Königsbühle. Zeitungsbeschlagnahmen. Die
 „Grüne Post“, eine vom Illstein-Verlag herausgegebene
 wöchentliche Unterhaltungszeitung wurde wegen eines Artikels
 über Ostpreußen beschlagnahmt. Das gleiche Schicksal traf die
 Sonnabend-Ausgabe des „Ober-schlesischen Kuriers“, der
 sich in zwei Stellen missfälligen Artikels mit dem Interview des
 Reichshausmarschalls und der Minderheitschulangelegenheit in
 Königsbühle beschäftigte.



Arbeiter sind wir,

wir 7000 Menschen unserer Betriebe, einer wie der andere;
 Arbeiter am Bau unseres Werkes. Langsam, zäh wurde
 Stein zu Stein gefügt. Seit 40 Jahren schaffen Hirn und
 Hand für das eine Ziel: Ihnen eine gute Zigarette
 zu bieten. Der Erfolg gibt uns das Recht zu sagen:

Halpaus-Cigaretten sind besonders gut!

Wir wissen, das ist ein großes Wort. Aber wir bleiben
 Ihnen den Beweis hierfür nicht schuldig:

Bitte rauchen Sie
Halpaus

RARIETÄT
 IN ORIENT-FACON

4/10

Landkreis Breslau/Neumarkt.

SPD., Unterbezirk Breslau-Land-Neumarkt.

Berlinamtingeländer.

Klettenhof, S. 3. Wir kommen heute um 120 Uhr im Heim zu einem Vortrag zusammen. Referent: Genosse Krepentlow-Breslau. Parteigenossen und Genossinnen sind herzlich willkommen.

Herr von Delfsen berichtigt.

Wir erhalten unter Berufung auf den § 11 des Pressegesetzes folgende Berichtigung:

Es ist unklar, 1. daß das Lohn der Arbeiter des Herrn von Delfsen so ist, daß die Menschen unter keinen Umständen menschenwürdig leben können, 2. daß Herr von Delfsen den Landarbeitern, wenn sie Vorschlag verlangen, antwortet, geht er zu den sozialdemokratischen Ortsgruppenführern.

Wahr ist vielmehr, daß Herr von Delfsen seine Arbeiter nach den Sätzen des landwirtschaftlichen Tarifes bezahlt und daß die Sätze für Akkordarbeit auf dem Dominium Kischkowitz bedeutend höher sind, wie der Tarif sie vorschreibt, 3. daß Herr von Delfsen jederzeit auf Verlangen Wochlohn gezahlt und niemals einen Arbeiter, wenn er um Vorschlag kam, zu den sozialdemokratischen Ortsgruppenführern geschickt hat.

Herrbert v. Delfsen.

Abgesehen von der erfreulichen Feststellung, daß Herr von Delfsen anscheinend ein eifriger „Volkswacht“-Leser ist, haben wir zu dieser Berichtigung zu bemerken, daß sich der Begriff „menschenwürdige Entlohnung“ auch durch pressegesetzliche Berichtigungen nicht im Sinne sozialistischer Grundgesetze festlegen läßt und die Meinungen hierüber auseinandergehen werden, so lange die kapitalistische Gesellschaft die Menschheit in Ausbeuter und Ausgebeutete scheidet. Im übrigen bleibt unter Gewährsmann bei seiner Darstellung. Wir werden hierauf noch zurück-

kommen. Ausdrücklich festgestellt sei aber noch, daß Herr von Delfsen auch einen Satz nicht berücksichtigt hat. Wir schreiben in der angezogenen Notiz auch:

Organisierte Arbeiter werden natürlich nicht gebuldet.

Keine Antwort ist befandlich auch eine Antwort, und Herr Delfsen wird nicht hindern können, daß die Schiffe, die hieraus gezogen werden können, alle anderen von ihm hier beteiligten Punkte gegenstandslos machen.

Kothfürben. Unglücksfall. Montag nachmittag wurde auf der Chaussee nach Müschwitz der Stellenbesitzer Otto Frank überfahren und ziemlich schwer verletzt. Das Gespann stand auf dem Hofe der Hauptgenossenschaft und war abgesträngt. Als der Kutscher sich auf eine kurze Zeit entfernte, schenkte die Pferde vor einem anderen Fuhrwerk und rasteten davon. Fr., im Bezirk zur Arbeit zu gehen, hörte, da er etwas schwerhörig ist, das Fuhrwerk nicht und wurde überfahren. Den Kutscher dürfte keine Schuld treffen.

Herrnprotisch. Lichtbildervortrag. Unsere Parteiortsguppe veranstaltet heute Mittwoch, den 7. Dezember, im Saal von Maslos in Herrnprotisch einen Lichtbildervortrag über das proletarische Kind. Genosse Hans-Breslau, welcher den Vortrag hält, hat sich viele Mühe gegeben, den Apparat herbeizuschaffen. Belohnen wir, Genossen, diese Mühe durch regen Besuch. Darum auf, alles zum Lichtbildervortrag.

Schotwitz, Freitag, den 9. Dezember, abends 7 1/2 Uhr, findet im Lokal Dreher eine öffentliche Versammlung statt. Güter Besuch wird erwartet.

Stabelwitz-Herrnprotisch. Heute abend 8 Uhr findet im Lokal von Maslos in Herrnprotisch ein Lichtbildervortrag statt. Zur Vorführung gelangt „Das proletarische Kind“. Güter Besuch wird erwartet.

Leipzig-Petersdorf, Sonntag, den 11. Dezember, nachmittags 3 Uhr, findet im Lokal Kiebach eine außerordentliche Mitgliederversammlung statt. Wir erwarten zahllose Teilnahme.

Arbeiter-Sport.

Handballspiele am Sonntag.

Am Sonntag letzte die C-Klasse ihre Serie fort und wieder verließen die Spiele so, wie man sie nicht erwartete. Voleibon, das am vorigen Sonntag so glänzend in Form waren, mußten am 1897 eine glatte Niederlage hinnehmen. Die 1. Abteilung muß von der 2. Abteilung die zweite Niederlage in dieser Halbserie einstecken. Die 6. Abteilung gelangte kampflös zu den Punkten und die 7. Abteilung holte sich über die Punkte von G.W.D. Knapp unterlag Gandau im Spiel gegen Nordost.

1897 - Voleibon : 4:2 (3:0)
2. Abteilung - 1. Abteilung : 2:1 (0:0)
6. Abteilung - Neulirch : kampflös für 6. Abt.
7. Abteilung - G.W.D. : 3:1 (1:0)
Nordost - Gandau : 1:0 (1:0)

Das am Nachmittag ausgetragene Auswahlspiel 7. Abteilung gegen Auswahlmannschaft sah die 7. Abteilung nach interessanter Verlauf mit 6:5 verlieren. Die Auswahlmannschaft hatte das Spiel mit vier Mann Erfolg angetreten. Dies soll aber nicht die Leistung der 7. Abteilung herabsetzen, da diese blendend in Form waren.

Das Protokollspiel Neulirch I - 7. Abteilung II endete torlos.

Arbeiter-Samariter-Kolonie.

Donnerstag, den 8. Dezember, 19 1/2 Uhr, findet die monatliche Zusammenkunft der gesamten Mitgliedschaft der Kolonie im Gewerlichthaus statt. Unter anderem hält Herr Dr. Dirschbach einen interessanten Vortrag.

Schwimmverein Voleibon e. V., Jugendabteilung. Heute 20 Uhr, in der Margaretenstraße, Tauchentstraße, Ecke Grünstraße, Jugendversammlung. Vortrag. Erscheinen sämtliche Jugendmitglieder ist Pflicht.

Freie Sportvereingung 1897. Die Abteilung 98 hielt am 3. Dezember ihre Generalversammlung ab. Die Wahlen zeigten folgendes Ergebnis: Abteilungsleiter: Sportgenosse Kurt Schirbel, Kassierer: Albert Fischer, Schriftführer: Willy Bittner, Breslau 10, Große Dreißtendstraße 28, 1. Etage; technischer Leiter: Kar Wochelt, Ringwart: Walter Kaabe, Stemmwart: Walter Birne, Revisoren: Erich Müller, Erwald Wende, Jugendleiter: Willy Bittner. Adressen sind an letzteren zu senden.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold
Am 4. Dezember verstarb unser Kamerad
Walter Ludwig
im blühenden Alter von 25 Jahren.
Ein ehrendes Gedenken bewahren ihm
Breslau, den 7. Dezember, 1927
Die Kameraden vom Jugendbanner Ost.
Beerdigung: Donnerstag, den 8. Dezember,
14 Uhr, von der Leichenhalle des St. Bernhard-
Friedhofes (Därrgoy) aus. 6025

Trauer-Kleidung
für Damen u. Mädchen in großer
Auswahl stets vorrätig. An-
fertigung innerhalb 24 Stunden
M. Centawer
Schmiedobrücke 7-10

Für Weihnachtsstollen
Napf- und Blechkuchen, für weiße und braune Pfeffernüsse ist die butterfeine Rama Margarine die richtige Zutat

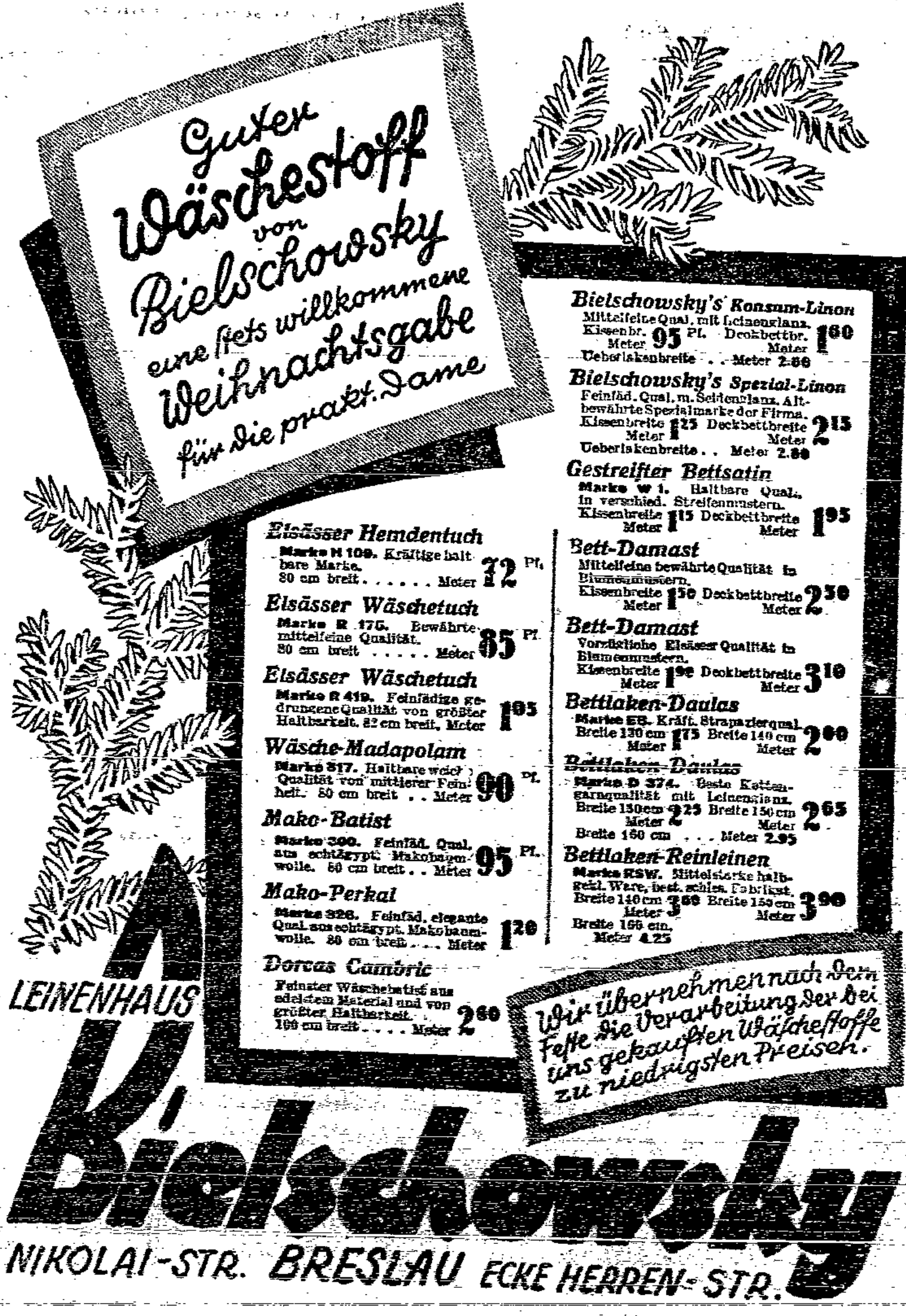


Wir suchen zum 15. Januar 1928 eine
Süßforgerin
mit Erfahrung auf allen Gebieten der Wollfahrtspflege, insbesondere Familienfürsorge, Säuglings- und Kleinkinderfürsorge und der Schulgesundheitspflege.
Die Anstellung erfolgt auf Privatdienstvertrag nach Gruppe IV der staatlichen Besoldungsordnung, Ortsklasse B.
Bewerbungen mit Lebenslauf, beglaubigten Zeugnisabschriften, Lichtbild und ärztlichem Gesundheitsgutachten bis 1. Januar 1928 erbeten.
Der Gemeindevorstand Klettenhof.
Kleinert.

Fahrräder, Nähmaschinen, Kinderwagen, Puppenwagen
auch Teilzahlung 14428
Max Adam, Klosterstraße 30/32, Telefon Ring 2375.
Die „Frauenwelt“ den Frauen
Zum Lesen, Denken und Schauen!
„Frauenwelt“
eine Halbmonatsschrift für die Frau
des schaffenden Volkes Preis 30 Pf
Zu bestellen bei allen Zeitungsträgern

Urania
12 Monatshefte
und 4 Bücher
Der proletarische
Rudmos
zu beziehen durch die Vertriebsstelle
d. Zeitung u. die Zeitungsstempel.

Guter Wäschestoff von Bielschowsky eine stets willkommene Weihnachtsgabe für die prakt. Dame



Elsässer Hemdentuch Marke H 109. Kräftige haltbare Marke. 80 cm breit. Meter 72 Pf.	Bett-Damast Mittelfeine bewährte Qualität in Blumensmustern. Eisenbreite 150 Deckbettbreite 195 Meter 230
Elsässer Wäschetuch Marke R 175. Bewährte mittelfeine Qualität. 80 cm breit. Meter 85 Pf.	Bett-Damast Vordübelte Elsässer Qualität in Blumensmustern. Eisenbreite 190 Deckbettbreite 230 Meter 310
Elsässer Wäschetuch Marke R 419. Feinfeine gedruckte Qualität von größter Haltbarkeit. 82 cm breit. Meter 103	Bettlaken-Daulas Marke 22. Kräft. Strapazierqual. Breite 130 cm 175 Breite 140 cm Meter 200
Wäsche-Madapolam Marke 517. Haltbare weiche Qualität von mittlerer Feinheit. 80 cm breit. Meter 90 Pf.	Bettlaken-Daulas Marke D 374. Beste Kattungsgarqualität mit Leinwand. Breite 130cm 175 Breite 150cm 200 Meter 265
Mako-Batist Marke 300. Feinfeine Qual. aus echtägypt. Mako-Baumwolle. 80 cm breit. Meter 95 Pf.	Bettlaken-Reinleinen Marke 22W. Mittelfeine halbgew. Ware, best. schles. Fabrikat. Breite 130 cm 175 Breite 150 cm Meter 390
Mako-Perkal Marke 326. Feinfeine, elegante Qualität aus echtägypt. Mako-Baumwolle. 80 cm breit. Meter 120	
Dorcas Cambric Feinster Wäschestoff aus edelstem Material und von größter Haltbarkeit. 180 cm breit. Meter 260	

LEINENHAUS
Bielschowsky
NIKOLAI-STR. BRESLAU ECKE HERREN-STR.

Wir übernehmen nach dem Festen die Verarbeitung der bei uns gekauften Wäschestoffe zu niedrigsten Preisen.

Weihnachtsfreude für wenig Geld!



Bereiten Sie durch unsere elegant ausgestatteten Präsent-Kartonnagen guter Toilette-Seifen und Parfümerien aller führenden Firmen, sowie unserer bestens bekannten eigenen Fabrikate! Besonders empfehlene Spezialität: „Streu-Stümchen“ in geschmackvoller Weihnachtspackung „Toilette-Artikel“

RUDOLPH BALHORN
SEIFEN- U. PARFÜMERIE-FABRIK G.M.B.H.
8 Verkaufsstellen am Platz!
Lametta Wachsstöcke Baumkerzen

Buchhandlung Volksmacht
Modernes Antiquariat
Breslau 3 Neue Graupenstraße 5

Berlin-Wiener Schnellzug verunglückt.

Der Schnellzug Berlin-Dresden-Prag, der morgens 8,05 Uhr Berlin verläßt und abends 10,30 Uhr in Wien eintrifft, ist am Montag abend bei Siegersdorf bei Herzberg auf halbem Wege zwischen der tschechischen Grenze und Wien, infolge falscher Weichenstellung auf dem Güterzug, der sich noch in langsamer Fahrt befand, gefahren und verunglückt. Der Anprall war so stark, daß fünf letzten Wagen des Güterzuges zertrümmert wurden und die Gleise sperrten. Der Schlußschaffner des Güterzuges wurde so schwer verletzt, daß er bald gestorben ist. Vom Schnellzug entgleisten die Lokomotive, der Gepäckwagen und zwei Personenwagen. 25 Reisende wurden verletzt. Bis auf eine Frau, die schwere Verletzungen davontrug, handelt es sich nur um leichte Verstauchungen und Schürfungen. Die Reisenden wurden mit einem Hilfszug nach Wien befördert, wo sie gegen 2 Uhr eintrafen. Unter den Reisenden befand sich Richard Strauß, der sich mit seiner Frau von Dresden nach Wien begab. Beide blieben vollkommen unverletzt, obwohl der Unfall durch den Zusammenstoß starken Schaden erlitten hatte. Dauerte längere Zeit, bis beide befreit werden konnten, da die Türre nicht mehr zu öffnen war.

Gastob einer Familie.

In ihrer Wohnung in der Folkestraße in Köln fielen die 42jährige Schlosser May, seine Ehefrau und die beiden Kinder im Alter von 18 und 15 Jahren einer Gasvergiftung zum Opfer. Die polizeilichen Ermittlungen ergaben, daß die Ehefrau sich plötzlich den Tod der Familie herbeigeführt hat. Als alle schliefen, öffnete sie einen Gashahn. Das Motiv der Tat dürfte bei der Frau in dem Gram über den Tod des einzigen Sohnes zu suchen sein, der vor einem Jahre im Alter von 18 Jahren verstorben ist. Seitdem litt die Mutter an Schwermut. Die Frau hatte den Gashahn der Zimmerlampe abgeschraubt und die Schlüssellöcher und die Türen- und Fensterriemen mit Seidenpapier verstopft. Als auf Veranlassung von Nachbarn die Wohnung am Dienstag morgen geöffnet wurde, waren alle tot.

Brandkatastrophe in einem Gasthaus.

Bei einem Brande in einer Pension sind in Williamsport (Westvirginia) acht Personen ums Leben gekommen. Das Gebäude wurde völlig eingestürzt.

Tragedie eines Mufflers.

Vor einem Berliner Schwurgericht stand der Muffler Kurt Adler wegen verübten Totschlages an seiner Ehefrau. Der Angeklagte hat auf seine Frau mit einem Küchenmesser tödlich eingestochen und sie am Hals und Oberarm verletzt. Die Frau mußte in ein Krankenhaus aufgenommen werden, wurde jedoch bald als geheilt entlassen. Adler war als Muffler vielfach in Ostseebädern tätig und mußte eine Morphium-Entwöhnungskur durchmachen. In der Zwischenzeit machte seine Frau Vererbungskontakten und nahm, offenbar auf Anraten eines Fabrikanten, eine Stellung in einer Bar an. Das, so erklärte der Angeklagte, habe ihn furchtbar aufgeregt, vor allem, weil seine Frau hübsch sei und in der Bar viel verehrt wurde. Die Frau ließ auch nachts aus und führte den Fabrikanten, der sehr reichlich aufgetreten sei und erklärt habe, daß er sich vor keinem Mann fürchte, in die eheliche Wohnung ein. Eines Tages habe ihm seine Frau erklärt, daß sie einen anderen liebe und ihn verläßt, sich möbliert einzurichten gegen eine Entschädigung von 100 Mark. Zunächst habe er diesen Vorschlag gutgeheißen, dann sei er in große Aufregung geraten, besonders als die Frau ihm gestand, daß sie mehrere Freunde zu gleicher Zeit habe. Es kam zum Streit und zu jenen Tätlichkeiten, für die er sich jetzt vor Gericht zu verantworten hatte. Kronzeuge war die junge Ehefrau, die die Aussagen ihres Mannes bestätigte und mitteilte, daß beide sich wieder ausgesöhnt haben. Das Gericht erkannte eine Gefängnisstrafe von vier Monaten wegen gefährlicher Körperverletzung. Weinend trat die Frau auf ihren Mann zu und gab ihm die Hand.

Zwanzig Bildtelegramme täglich.

Obgleich seit Einführung der Bildtelegraphie Wien-Berlin kaum acht Tage vergangen sind, so kann doch Grund von Enttäuschungen beim Haupttelegraphenamt gesagt werden, daß das Publikum (und nicht nur die Presse, wie am ersten Tag) sich der neuen Einrichtung lebhaft bedient. Nicht nur aus Berlin, auch aus der Provinz sind zahlreiche Bildtelegramme zur Uebersmittlung nach Wien beim Haupttelegraphenamt aufgegeben worden, unter anderem Autogramme, Photographien mit Glückwünschen, Zeichnungen usw. Besonders ist nach dem Ansturm des ersten Tages, wo 30 Bildtelegramme übermittelt wurden, der Verkehr auf etwa zwanzig zurückgegangen.

Kaiserliches Spazierstock-Angebot.

Dem Bürgermeister von Philadelphia ist von einem Deutschen namens Georg Naedel, Inhaber eines physikalischen Heilmittels in Berlin-Wilmersdorf, eine eigenartige Zumutung gestellt worden. Er soll Namen solcher Bürger der Stadt mitteilen, die sich für den Ankauf eines Spazierstocks interessieren, den Wilhelm II. früher selbst getragen hat. „Seine Majestät“ hat den Stock, wie berichtet wird, selbst geschnitten und geschnitten und mit der kaiserlichen Krone geschmückt. Eine „bekannte Dame“ hat ihn dann zum Verkauf erhalten. Ihren Namen will sie nur dem Käufer verraten.

Folgen des Aberglaubens.

In Werber bei Potsdam sind zwei Kinder des Polizeisekretärs Fritz Paul an Diphtherie gestorben, weil die Eltern sich weigerten, einen Arzt hinzuzuziehen, sondern die beiden Knaben im Alter von zwei und acht Jahren nur durch Hebel behandelt. Dabei soll ein sogenannter Seelenbeter aus Potsdam mitgewirkt haben. Als der Arzt den Totenschein des einen Kindes ausfüllte, wollte er sich davon überzeugen, ob der zweite Sohn nicht auch angesteckt ist. Ihm wurde versichert, der Junge sei gesund. Der Arzt bestand auf Untersuchung und fand das Kind mit dem Erstickenstode ringend. Eine sofort verabreichte Serumspitze konnte keine Hilfe mehr bringen.

Sittmörderertrag.

Ein fünfzehnjähriges, bei dem bekannten friesischen Maler Professor Feddersen angestelltes Mädchen, versuchte, sich für die Kündigung ihrer Stellung durch Vergiftung Feddersens und dessen Gattin zu rächen, indem es Salzsäure in den Morgenkaffee goss. Das Ehepaar Feddersen kam jedoch mit Hebelkeit davon, es den Einbruch rechtzeitig entdeckte. Die Täterin wurde bis zur Aburteilung vom Jugendgericht auf freien Fuß gesetzt.

Hermann Silberschmidt



Starb in Berlin-Köpenick im 62. Lebensjahre. Bis zu seinem 33. Jahre als Maurer tätig, wurde er 1898 Angestellter des Deutschen Maurer-Verbandes und war seit 1912 Mitglied des Vorstandes des Deutschen Bauarbeiter-Verbandes und des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes. Dem Reichstag gehörte er seit 1912 für den Wahlkreis Magdeburg an, der Berliner Stadtverordnetenversammlung seit 1914. Der immer rührige Genosse Silberschmidt hat besonders eifrig im Wohnungs- und Gedulgsausbau gearbeitet, bis ein Schlaganfall seiner unermüdlichen Tätigkeit ein Ende setzte.

Ueberraschung auf zwei Polizeibeamte.

Bei einer Familienfeier in Oberhausen kam es zu Streitigkeiten, zu deren Schlichtung zwei Polizeibeamte herbeigerufen wurden. Bei Feststellung der Personalien wurden sie durch Messerstiche verletzt. Einer der Beamten erhielt Stiche an der Hand und am Kopf, der andere wurde durch Messerstiche so schwer verletzt, daß er in bedenklichem Zustande ins Krankenhaus gebracht werden mußte. Der Täter ist verhaftet.

Auffklärung eines Raubüberfalls.

Der Raubüberfall auf die Inhaberin eines Brotgeschäftes, Frau Wulff, im Stadtteil Wartenberg (Hamburg), ist nach den polizeilichen Ermittlungen von dem 39jährigen aus Hamburg gebürtigen und dort wohnhaften Dreher Karl Luehmann verübt worden. Luehmann ist flüchtig. Lebensgefahr besteht bei der Frau anscheinend nicht mehr.

Europäische Politiker in Genf.



Eine Gruppe prominenter Politiker nach einer Sitzung. Von links nach rechts: Marinowitsch (Jugoslawien), Boncour (Frankreich), Graf Bernstorff (Deutschland), Benesch (Tschechoslowakei) und Sokal (Polen).

Zwei Kinder bei einem Brande erstikt.

In dem Orte Freiberg bei Adorf brach Dienstag vormittag in einem kleinen, zum Rittergute gehörigen Hause Feuer aus. Die zur Hilfe herbeigeeilten Leute fanden die beiden vier und sechs Jahre alten Kinder einer Kriegervitwe erstikt in den Betten auf. Die Mutter war bei Ausbruch des Feuers in der Küche beschäftigt.

Großer Feuerschaden.

In Ribbeckard brannte in der Nacht Scheune und Stall des Pfarrergehöftes nieder. Große Erntevorräte und wertvolle landwirtschaftliche Maschinen fielen den Flammen zum Opfer. Auch vier Pferde und fünf Rinder verbrannten.

Bulgarischer Polizeistandal.

In dem bulgarischen Donaukreis Lomsk hat sich ein Polizeistandal ereignet, wie man ihn nur noch im schwarzen Afrika vermuten würde. In Aulemachla hatte die Lomsker Polizei den Bauer Warbuloff wegen Ermordung seines Sohnes Flora verhaftet und aus ihm ein „Selbstgeständnis“ erpreßt. Danach gab der Vater den Mord an seinem Kinde zu, den er durch einen furchtbaren Faustschlag gegen die rechte Schläfe herbeigeführt haben wollte. Die Leiche habe er in die nahe Donau geworfen, damit sie die Weilen fortspülten. Der Angeklagte hat später seine Aussagen als erpreßt widerrufen. Unter furchterlichen Schlägen des Polizeioffiziers habe er das Geständnis gemacht, um weiteren Mißhandlungen zu entgehen. Der Untersuchungsrichter ging dem Widerruf nicht nach, allen Ernstes wurde die Anklage vorbereitet. Vor wenigen Tagen erschien, wie durch ein Wunder, der „ermordete“ Sohn Flora vor dem Lomsker Staatsanwalter und verlangte die Befreiung seines unschuldig verhafteten Vaters. In der protokollierten Aussage heißt es, daß der ungefähr 20jährige Flora vor einem Jahre und zwei Monaten das Elternhaus heimlich verlassen habe, da er mit der zweiten Ehefrau seines Vaters nicht einverstanden gewesen sei. Flora hat sich in der Zwischenzeit in dem mittelbulgarischen Dorfe Gneunika als Arbeiter aufgehalten. Der unglückliche Vater wurde daraufhin aus dem Gefängnis entlassen. Es hat sich herausgestellt, daß Warbuloff nach dem Verschwinden seines Sohnes diesen sogar wochenlang in den rumänischen Grenzdörfern gesucht hat. Unter den bestialischen Schlägen der Polizei machte sich der Bedauernswerte zum „Mörder“ am eigenen Sohne. Die bulgarische Öffentlichkeit ist über den unerhörten Fall empört.

Schwerer Straßenbahnunfall in Newyork.

In Hoboken bei Newyork fuhr ein überfüllter Straßenbahnzug auf einen Viadukt in einen zweiten, ebenfalls überfüllten Wagen. Mehr als vierzig Personen wurden dabei verletzt, einige davon schwer.

Buschbrand in Kalifornien.

Unweit der kalifornischen Stadt Glendale ist ein gewaltiges Buschfeuer ausgebrochen, das sich mit großer Schnelligkeit ausbreitet. Ueber hundert Wohnstätten im Gebirge sind bereits zerstört. Das Feuer nähert sich bedrohlich der Stadt.

400 Tote in Algier.

Nach einem Bericht des Generalgouverneurs von Algier, der eine Reise durch das Ueberschwemmungsgebiet gemacht hat, haben rund 150 Europäer und 200 bis 250 Eingeborene bei der Katastrophe ihr Leben eingebüßt.

Der Betrugsversuch mit Hamburgischer Anleihe.

Zu den Meldungen aus Paris, daß im Zusammenhang mit den Fälligkeiten ungarischer Staatsanleihen auch versucht worden sei, größere Beträge Hamburgischer Staatsanleihen als Mitbestellung zur Ablösung zu bringen, wird von juristischer Seite bekanntgegeben, daß im Juni d. J. dem Reichskommissar für Ablösung von Reichsanleihen alten Bestandes in Berlin und der Finanzdeputation von privater Seite aus Berlin mitgeteilt wurde, daß von dort und von Hamburg etwa 8 Millionen Mark Hamburgischer Staatsanleihe nach Frankreich geschafft worden waren, von wo aus sie als Mitbestellung zum Umtausch angemeldet werden sollten. Kurze Zeit darauf ist dann auch beim Sonderkommissar für die deutschen Reichsanleihen in Paris, der inzwischen von Hamburg aus gewarnt worden war, ein Antrag dreier französischer Anleiheinhaber eingereicht worden, mit dem diese die Genehmigung zur nachträglichen Anmeldung von 6 Millionen Mark Hamburgischer Staatsanleihen erbat. Die Finanzdeputation hat in Uebereinstimmung mit dem deutschen Sonderkommissar den Antrag abgelehnt. Weitere Versuche, für größere Beträge hamburgischer Markanleihen aus Frankreich die Genehmigung zur nachträglichen Anmeldung zu erhalten, sind nicht gemacht worden.

Französische Flieger in Rio de Janeiro eingetroffen.

Die beiden französischen Flieger Coste und Le Bizig, die ihren Flug wegen schlechtem Wetter hatten unterbrechen müssen, sind Sonntag, nachmittags 5 Uhr in Rio de Janeiro gelandet.

Jugendgleisung bei Lyon.

Der Schnellzug Lyon-Grenoble entgleiste Sonntag ein Kilometer vom Bahnhof St. Quentin-Falla vier entern. Fünf Wagen, darunter der Gepäckwagen, sind umgestürzt. Drei Personen sind verletzt.

Spanischer Flugverkehr.

Zwischen Madrid und Barcelona wird in diesen Tagen ein regelmäßiger Personenflugverkehr eingerichtet, der durch drei Röhrlach-Verteilsflugzeuge, die je zehn Personen fassen, durchgeführt wird.

Eine Stahlhaus-Siedlung in Duisburg.

Die Vereinigten Stahlwerke, Duisburg, haben Stahlhäuser-Siedlungen bei Duisburg gebaut, deren kleine, schmale und farbenfrohe Häuser äußerlich von Steinbauten kaum zu unterscheiden sind. Bemerkenswert ist, daß sich die Mietpreise etwa auf die Hälfte der Mieten in Holernen Neubauten stellen.



Der Kampf in der Grobeisenindustrie

Die Christen isolieren sich.

Bei den engen Beziehungen zwischen den christlichen Gewerkschaften und dem Reichsarbeitsminister ist es begreiflich, wenn sich ein großer Teil der Besessenen stark für die Stellungnahme der christlichen Gewerkschaften vor allem des christlichen Metallarbeiterverbandes, zum Konflikt in der Grobeisenindustrie interessiert. Es liegt ja auf der Hand, daß die christlichen Gewerkschaften zunächst einmal auf das ihnen nahestehende Zentrum und ebenso auf den Reichsarbeitsminister bis zu einem gewissen Grade Rücksicht nehmen und an verschiedenen Stellen versuchen, dem Reichsarbeitsminister Willen für den Ausweg aus dem Konflikt zu bauen. So wurde auf der Bochumer Versammlung des christlichen Metallarbeiterverbandes mit besonderem Nachdruck als Ziel des Reichsarbeitsministers vom 16. Juli nicht zu erschweren. Die angebotene Betriebsstillegung, so hieß es, sei wohl in erster Linie gegen den Reichsarbeitsminister gerichtet, trotzdem erwarte man, daß bei den Verhandlungen am Mittwoch eine Verständigung auf der Basis der Vorschläge des christlichen Metallarbeiterverbandes, die für die Industrie tragbar seien, erzielt werde.

Während der bisher stattgefundenen Verhandlungen in den Tarifkonflikten der Metallindustrie lehnten es die christlichen Arbeiter ab, eine gemeinsame Front mit den freigewerkschaftlich organisierten Metallarbeitern zu bilden. Zu dieser beachtlichen Tatsache teilt der Deutsche Metallarbeiterverband mit, daß in den Verhandlungen des christlichen Verbandes einzelne Referenten versucht haben, die Verantwortung für die augenblickliche Situation in der deutschen Metallindustrie nicht nur auf die Unternehmer, sondern auch auf den Deutschen Metallarbeiterverband zu schieben. Es ist bedauerlich, daß dem geschlossenen Vorgehen der Unternehmer eine nicht ebenso geschlossene Bewegung der Gewerkschaftsvereinigungen gegenübersteht. Daran trifft aber den Deutschen Metallarbeiterverband keine Schuld. Die von ihm erhobenen Forderungen sind von allen Gewerkschaftsrichtungen vertreten worden. Daß dies im jetzigen Augenblick doppelt notwendig ist und durch eine geschlossene Haltung der organisierten Arbeiterkraft dokumentiert werden muß, liegt auf der Hand. Um so erstaunlicher ist es, wenn die Vertreter der freigewerkschaftlichen Metallarbeiterschaft mit den ebenfalls gemeinsamen Forderungen von den Christen allein gelassen werden. Eine Erklärung

für diese Tatsache liegt in der Vermutung, daß hier gewisse Bindungen vorliegen, an denen maßgebende Instanzen des Zentrums nicht ganz unbeteiligt zu sein scheinen. Die Vertreter des Hirsch-Dunckerischen Gewerkschafts werden sich, wie wir zuversichtlich erwarten, in den kommenden Verhandlungen an die Seite des Deutschen Metallarbeiterverbandes stellen.

Der Verzicht der Christen auf eine gemeinsame Front bei der Abwehr der schwerindustriellen Attade ist um so unverständlicher, als auch linksstehende Zentrumsblätter, wie zum Beispiel die „Rhein-Mainische Volkszeitung“, die Drohung mit der Stilllegung der ganzen Industrie als einen Schlag gegen das Reichsarbeitsministerium, dieses letzte Bollwerk sozialen und wirtschaftlichen Friedens, das uns noch verbleiben ist. Sie fragt den Reichsarbeitsminister überhaupt nicht mehr, sie will ihn matt sehen, ihn samt ihrer hunderttausendköpfigen Belegschaft. In der Tat: Ist es nicht bezeichnend, daß die Stilllegungsandrohung erfolgt ist, bevor noch die eigentlichen Verhandlungen begonnen haben und bevor auch noch die Auswirkungen der Vorschläge der Christen ausreichend geprüft worden sind? Es hat wohl wenig Zweck, gegenüber dem Wolf unter allen Umständen das Lamm spielen zu wollen.

Es geht schon los.

Köln, 6. Dezember. Wie die „Rheinische Volkszeitung“ meldet, beschäftigt der Winterkongress die bisher in seinem Besitz befindlichen Jochen „Johann Deimelberger“ in Steele, Adler in Kupferdreh und „Zentrum IV-VI“ in Leithe-Krag Stilllegen und die Belegschaft, sofern sie sich nicht damit einverstanden erklärt, daß die neunköpfige Arbeitszeit eingeführt wird und gleichzeitig eine Lohnkürzung von 5 bis 7 Prozent stattfindet, zu entlassen. Von dieser Maßnahme würden 3500 Bergarbeiter betroffen werden.

Vertragsstilllegungen auch für das Siegerland beschlossen. Der Verband der Siegerländer Gruben und Hüften hat nunmehr auch die Stilllegung der angeschlossenen Werke zum 1. Januar beschlossen. Betroffen werden etwa 3200 Arbeiter.

Ein Schlichter für die Eisenindustrie.

Köln, 6. Dezember. Der „Rheinischen Zeitung“ zufolge hat der Reichsarbeitsminister in dem schwebenden Streit in der Grobeisenindustrie das Schlichtungsverfahren in Gang gesetzt und den Schlichter für Rheinland, Dr. Föten, der bisher schon bei den Vorverhandlungen als Vermittler der Vorgesetzten tätig war, beauftragt, als amtlicher Schlichter den Fall an sich zu ziehen, falls die Verhandlungen der beiden Parteien in Düsseldorf ergebnislos bleiben sollten.

Keine Frage nach der politischen Zugehörigkeit beim Arbeitsnachweis.

In einer kleinen Anfrage der Kommunistischen Landtagsfraktion wurde ausgeführt, kürzlich habe ein Beauftragter der Technischen Hochschule in Charlottenburg auf dem Arbeitsnachweis Charlottenburg zwei Werkzeugmacher angefordert. Die beiden Arbeiter, die für die Arbeit an der Reihe waren, wurden aufgefordert, ihre Papiere abzugeben; hierauf fragte der Beauftragte der Technischen Hochschule die Arbeiter, welcher politischen Richtung sie angehörten. Auf die Beschwerde hierüber Prof. Dr. Föten, nachstehende Antwort: Nach dem Bericht der Technischen Hochschule Berlin hat ein im Verzeichnis für Werkzeugmaschinen arbeitender Doktor die Erlaubnis erhalten, auf seine Kosten einen Arbeiter für seine Versuche einzustellen, wobei die Bedingung gestellt wurde, daß es sich um eine ruhige, den Betriebsbetrieb nicht störende Persönlichkeit handeln müsse. Dieser Doktor hat in Verkennung des Sinnes dieser Bedingung auf dem Arbeitsnachweis einen Arbeiter angefordert, der nicht zu der Kommunistischen Partei gehöre. Obgleich hiernach die Technische Hochschule Berlin nicht unmittelbar an dem Vorfall beteiligt ist, hat der Minister sie doch angewiesen, dafür Sorge zu tragen, daß derartige Fälle sich nicht wiederholen.

Um das Kohlenwirtschaftsgesetz.

(Aushöhlung des Gesetzes durch Durchschnittspreise.)

Der deutsche Kohlenbergbau hat den Riesenkampf der englischen Bergarbeiter im Jahre 1926/27 dazu benutzt, Märkte zu erobern, die vor dem Streik in England durch britische Exporteure belassen wurden. Das gelang auch in weitem Umfang, indem das rheinisch-westfälische Kohlenprodukt auf Konjunkturgewinne verzichtete, dafür aber möglichst lange Lieferungsverträge mit den früheren englischen Kunden abschloß. Nach Beendigung des Streiks machten sich die englischen Exporteure daran, den Deutschen die Bente abzugeben. Der Plan einer Wiedereroberung ihrer alten Märkte konnte aber nur Aussicht auf Erfolg haben, wenn sie die deutschen Preise unterboten. Die Deutschen sahen sich dadurch gezwungen, die Kohle noch billiger abzugeben als die Engländer, um ihre Positionen in den Kampfgebieten, den sogenannten besetzten Gebieten, zu behaupten. So führen wir seit Jahr und Tag mit den Engländern einen wüsten Kampf um die Verteilung in Erscheinung tritt. Auf beiden Seiten ist das öfter eine Verständigung über den Kohlenpreis in den Kampfgebieten angesetzt worden. Bisher konnte sie aber nicht erreicht werden. Gegenwärtig ist die Situation so, daß eine Einigung zwischen dem deutschen und englischen Bergbau mehr als je außer dem Bereich jeder Möglichkeit liegt.

Katzenfisch verschlingt ein solcher Kohlenkrieg Millionen und Wertmilionen, denn die Kohle muß in den besetzten Gebieten weit billiger verkauft werden als im Inlande. Das rheinisch-westfälische Kohlenprodukt finanziert diesen Krieg, indem es die erheblichen Verluste auf seine Mitglieder, die am Syndikat beteiligten Jochen, umlegt. Sämtliche Jochen haben, je nach Maßgabe ihres Abzuges, bestimmte Summen zur Unterstüzung der durch die Exporteure betroffenen Jochen, die sogenannte Umlage, selbst beizutragen. Die Jochen, die keine Kohle exportieren, weniger gezahlt als die ausgepöbelten Exporteure. Die ersten genannten Jochen haben deshalb auch schon seit längerer Zeit die Höhe der Umlage demüßigt und werden sich gegen eine weitere Erhöhung wehren. Der Streit scheint sich auch in den letzten Wochen derart zugespitzt zu haben, daß das Syndikat eine andere Regelung erwägt, um die Exporteure auszugleichen.

Wenn irgendeine deutsche Industrie mit ausländischen Konkurrenten an Märkte kämpft, die das bei dem deutschen Kohlenbergbau der Fall ist, dann erhebt sie gewöhnlich die Zulagenpreise. Dadurch kommt sie in den Besitz der Mittel, um den Preis der ausländischen Konkurrenz zu unterbieten. Die inländische Bevölkerung finanziert also den Konkurrenzkampf, indem sie über die Preise zahlt. Diese Methode kann das rheinisch-westfälische

inlandspreise sind Höchstpreise. Das ist im Kohlenwirtschaftsgesetz festgelegt. Eine Erhöhung der Preise kann nur mit Zustimmung der Verbraucher und der Arbeitnehmerschaft vorgenommen werden. Außerdem hat der Reichswirtschaftsminister das Recht, Einspruch (Veto) gegen eine beschlossene Kohlenpreiserhöhung zu erheben. Das Bestreben der deutschen Kohlenindustriellen geht nun dahin, die ihnen unbecommene Bestimmung über Höchstpreise aus dem Kohlenwirtschaftsgesetz zu beseitigen. Wie der „Sozialistische Arbeiter“ dazu erörtert, denkt man daran, in Zukunft nicht mehr Höchstpreise, sondern Durchschnittspreise festzusetzen. Die einzelnen Syndikate, insbesondere das rheinisch-westfälische Kohlenprodukt, sollen so berechtigt werden, die geförderte Kohle, die ja in ihrer Qualität durchaus verschieden ist, zum Teil unter Durchschnittspreis und zum Teil über Durchschnittspreis zu verkaufen. Man will so die Festsetzung des Kohleninlandspreises, der für die Finanzierung des Kohlenkampfes von ausschlaggebender Bedeutung ist, dem Einspruch der im Kohlenwirtschaftsgesetz vorgesehenen Organisationen entziehen. Die Preisfestsetzung wäre dann in Zukunft Sache der Unternehmer und nicht mehr Angelegenheit gemeinwirtschaftlicher Organisationen, wie das im Kohlenwirtschaftsgesetz festgelegt ist.

In der Praxis würde sich folgendes Bild ergeben: Die Jochen würden den Preis für Kohle, die man schlecht absetzen kann, unter dem festgelegten Durchschnittspreis halten. Das bedeutet für sie kein Opfer. Die gangbare Kohle aber, z. B. Industriekohle und Hausbrand, würde sie natürlich nur zu dem Durchschnittspreis verkaufen. Wir kämen so auf Umwegen zu einer Kohlenpreiserhöhung und zu einer allgemeinen Verteuerung unserer Produktion. Die Bestimmung des Kohlenwirtschaftsgesetzes, wonach die gemeinwirtschaftlichen Organisationen Höchstpreise festsetzen, will aber gerade eine solche Entwidlung verhindern. Die Höchstpreise sind gewissermaßen Sinn und Kern des ganzen Gesetzes. Ersetzt man die Höchstpreise durch den Durchschnittspreis, so bedeutet das nichts anderes als eine Aushöhlung des Kohlenwirtschaftsgesetzes. Wie wir die Stimmung in allen zuständigen Gewerkschaften kennen, werden die Kohlenindustriellen mit diesem Plan auf den stärksten Widerstand stoßen.

531 Konturte im Monat November.

Wie die „Bunt“ feststellt, hat sich die Zahl der Konturte im Monat November erhöht. Auch die Zahl der Verleihen auf 531 im Monat November. Im Oktober waren es 462. Im letzten Monat gestiegen.

Verhandlungen bei der Reichsbahn.

Am Donnerstag beginnen, laut „Vorwärts“, die Verhandlungen in Berlin über die Ortslohnzuschläge für die Eisenbahner. Die Verhandlungen sollen bis Sonntag, den 18. Dezember, beendet sein, jedoch die festgesetzten Zulagen noch vor Weihnachten ausgezahlt werden können.

Die Reichspostarbeiter verlangen Vorschußzahlungen.

Die Allgemeine Deutsche Postgewerkschaft, Mitglied im Deutschen Verkehrsband, verständigte sich mit dem Reichspostminister Dr. Schädel am 11. Oktober dahin, daß über die Neuregelung der Bezüge für die Arbeiter erst verhandelt werden sollte, wenn die neuen Bezüge für die Beamten feststehen. Da infolge der späten Verabschiedung der Besoldungsvorlage durch den Reichstag die Lohnverhandlungen voraussichtlich nicht mehr vor Weihnachten zum Abschluß gebracht werden können, ist nunmehr von der Allgemeinen Deutschen Postgewerkschaft beantragt worden, eine angemessene Vorschußzahlung auf die kommende Neuregelung der Löhne zu gewähren, damit die Arbeiter am Weihnachtsabend mit ihren Familien nicht vor leeren Tischen stehen.

— und die Wasserbauarbeiter Ausgleichszahlungen.

Die am Lohnarbeitsvertrag für die Reichswasserstraßen beteiligten Organisationen hatten vor einiger Zeit den Antrag auf allgemeine Lohnerrhöhung gestellt. Das Reichsverkehrsministerium hat eine generelle Lohnerrhöhung abgelehnt, dagegen blieb es den Organisationen überlassen, an einzelnen Orten über einen Ausgleich an die vergleichbaren Löhne in der Privatindustrie zu verhandeln. Diese Verhandlungen können jedoch vor Weihnachten kein Resultat mehr bringen. Die Organisationen haben daher mit Rücksicht auf die im Zusammenhang mit der Beamtenbesoldung eingetretene Preissteigerung und die besonders niedrigen Löhne der Wasserbauarbeiter eine Ausgleichszahlung für die Monate November und Dezember gefordert, die für die Arbeiter, soweit sie sechs Monate beschäftigt sind, 50 Mark betragen soll.

Reichskonferenz der Versicherungsangestellten.

Die Berufsgewerkschaft der Versicherungsangestellten, der Zentralverband der Angestellten, veranstaltete am 6. und 9. Dezember in Würzburg die 6. Reichskonferenz der Versicherungsangestellten. Die Konferenz wird in der Hauptstadt Stellung nehmen zu dem Reichsstatutvertrag. Die Versicherungsangestellten fordern einen gerechten Anteil am Arbeitsvertrag. Nach Beratungen der Orts-Gruppen im 3. A. zusammengekommenen Versicherungsangestellten wird damit zu rechnen sein, daß eine Kündigung des Reichs-Tarifvertrages durch den Zentralverband der Angestellten erfolgt. Die Entscheidung hierüber liegt bei den Delegierten der Reichskonferenz. Die Tagung wird im weiteren sich noch mit diversen anderen Berufszweigen, insbesondere auch mit der immer härter auftretenden Konzentration der Versicherungs-Unternehmungen, beschäftigen.

Schiedsspruch für die badische Textilindustrie.

Karlsruhe, 7. Dezember. (Eigener Fundbericht). Im Konflikt in der badischen Textilindustrie fanden am Dienstag vor dem badischen Landesrichter Verhandlungen statt, die den ganzen Tag dauerten. In später Abendstunden wurde ein Schiedsspruch gefällt. Die Spitzenlöhne der über 24 Jahre alten männlichen Arbeiter wurden von 55 auf 60 Pf. erhöht. Die Mittels-Durchschnittslöhne werden gestaffelt der Lohnerrhöhung angepaßt. Das Abkommen ist ab 1. September 1928 kündbar.

Unruhmüder Streiklage im Saargebiet.

Die Streiklage bleibt unruhmüder, da Einigungsverhandlungen bisher von keiner Seite angebahnt werden konnten. Es finden sich annähernd 9000 Eisenbahner im Streik. Der Güterverkehr ist auf das Äußerste eingeschränkt. Die Eisenbahnen sind außerordentlich überfüllt. Die Eisenbahnen sind außerordentlich überfüllt. Die Eisenbahnen sind außerordentlich überfüllt. Die Eisenbahnen sind außerordentlich überfüllt.

Hygiene im Arbeiterhaushalt.

Von Dr. med. Curt Thomalla.

Wenn man das Thema „Hygiene im Arbeiterhaushalt“ in einem kurzen Artikel behandeln will, so ergibt sich nur zu leicht die Gefahr, daß man vom Hundstaken ins Taubenloch kommt...

Das soll vermieden werden, vielmehr wollen wir in ein paar ganz kurzen Betrachtungen dasjenige herausheben, was in einem Haushalt durchführbar ist. Denn was nicht so heutzutage, Regeln darüber aufzustellen, was hygienisch einwandfrei und schädlich ist.

Wer über eine Wohnung von mehreren Zimmern verfügt, hat es natürlich leichter als diejenigen, die in einer Wohnküche mit ihrer ganzen Familie hausen müssen.

Gerade bei größeren Wohnungen ist mit Strenge darauf zu achten, daß die luftigsten und sonnigsten Zimmer als Schlafzimmer, besonders für die Kinder, benutzt werden.

Die sogenannte gute Stube im besten und hellsten Zimmer liegt und meist nicht benutzt wird, während in der dunkleren Küche und in dunklen Nebenräumen sich das ganze Leben der Familie hauptsächlich abspielt und zum Schlafen unmöglich ist.

Eine ganz einfache Regel zur Gesunderhaltung kleiner Kinder bis zum Schulalter ist zum Beispiel, daß man sie morgens und abends eine Zeitlang ohne jede Bekleidung oder nur mit einer Badehose herumtollen läßt.

Die Gefahr der Tuberkulose ist ja überhaupt heutzutage die schwerwiegendste und größte Gefahr bei allen Arbeitern, die in feuchter und schlechter Luft zu arbeiten haben.

Später ist die Frage hauptsächlich die, ob unser Körper Widerstandskraft genug hat, um die eingebrachten Bazillen abzuwehren und unschädlich zu machen.

Die Gefahr der Tuberkulose ist ja überhaupt heutzutage die schwerwiegendste und größte Gefahr bei allen Arbeitern, die in feuchter und schlechter Luft zu arbeiten haben.

Später ist die Frage hauptsächlich die, ob unser Körper Widerstandskraft genug hat, um die eingebrachten Bazillen abzuwehren und unschädlich zu machen.

Die Gefahr der Tuberkulose ist ja überhaupt heutzutage die schwerwiegendste und größte Gefahr bei allen Arbeitern, die in feuchter und schlechter Luft zu arbeiten haben.

Später ist die Frage hauptsächlich die, ob unser Körper Widerstandskraft genug hat, um die eingebrachten Bazillen abzuwehren und unschädlich zu machen.

Die Gefahr der Tuberkulose ist ja überhaupt heutzutage die schwerwiegendste und größte Gefahr bei allen Arbeitern, die in feuchter und schlechter Luft zu arbeiten haben.

Später ist die Frage hauptsächlich die, ob unser Körper Widerstandskraft genug hat, um die eingebrachten Bazillen abzuwehren und unschädlich zu machen.

über oder eine Fußbadewanne stellt und den ganzen Körper mit lauwarmem Wasser und Seife kräftig abreibt, eventuell eine Handbürste oder ähnliches zu Hilfe nimmt.

Als Moses seine Gesetze für die Juden in der Bibel niedersetzte, hat er allerhand hygienische Regeln, zum Beispiel das für den Orient sehr vernünftige Alkohol- bzw. Weinverbot, zahlreiche Waschungen usw., als religiöse Regeln mit eingeführt.

Das neue Tripolitanien.

Die Schlesische Gesellschaft für Erdkunde zu Breslau.

Eröffnete ihre diesjährige Wintervortragsreihe am 10. November. Herr Dr. Leo Wittichell, Assistent am Geographischen Institut der Universität Königsberg, sprach zum Thema „Das neue Tripolitanien“.

Abseits von den großen Wegen des Verkehrs im Mittelmeer, und abseits auch von den Wegen der wissenschaftlichen Erforschung liegt Tripolitanien. In den 60er, 80er und 70er Jahren des vorherigen Jahrhunderts war Tripolis bekannt als Ausgangspunkt der großen Sahara-Expeditionen eines Barth, Kotschy, Nachtigal usw.

Der Vortragende entwarf sodann, unterstützt durch eine große Zahl sehr guter Lichtbilder eine Darstellung des neuen Tripolitanien, wie er es auf seinen im Herbst 1925 und im Herbst 1926 erfolgten Reisen kennenlernte.

Die Gefahr der Tuberkulose ist ja überhaupt heutzutage die schwerwiegendste und größte Gefahr bei allen Arbeitern, die in feuchter und schlechter Luft zu arbeiten haben.

Die Gefahr der Tuberkulose ist ja überhaupt heutzutage die schwerwiegendste und größte Gefahr bei allen Arbeitern, die in feuchter und schlechter Luft zu arbeiten haben.

Die Gefahr der Tuberkulose ist ja überhaupt heutzutage die schwerwiegendste und größte Gefahr bei allen Arbeitern, die in feuchter und schlechter Luft zu arbeiten haben.

Die Gefahr der Tuberkulose ist ja überhaupt heutzutage die schwerwiegendste und größte Gefahr bei allen Arbeitern, die in feuchter und schlechter Luft zu arbeiten haben.

Die Gefahr der Tuberkulose ist ja überhaupt heutzutage die schwerwiegendste und größte Gefahr bei allen Arbeitern, die in feuchter und schlechter Luft zu arbeiten haben.

Die Gefahr der Tuberkulose ist ja überhaupt heutzutage die schwerwiegendste und größte Gefahr bei allen Arbeitern, die in feuchter und schlechter Luft zu arbeiten haben.

Die Gefahr der Tuberkulose ist ja überhaupt heutzutage die schwerwiegendste und größte Gefahr bei allen Arbeitern, die in feuchter und schlechter Luft zu arbeiten haben.

Die Gefahr der Tuberkulose ist ja überhaupt heutzutage die schwerwiegendste und größte Gefahr bei allen Arbeitern, die in feuchter und schlechter Luft zu arbeiten haben.

Geh' an die Arbeit und schaffe Werte und Gold, lasse die Güter, die deine Herren verpassen, während du schläfst, die während der Hunger mich quält.

Dann rief eine harte Faust den Hebel herab. Am Schalthrett sprühten grüne Funken auf. Ein schwarzer Hund ging durch das ruhende Tier.

Als sich der Körper des mächtigen Eisengeschöpfes und auch die Lungen aus rotem, schweißnassen Kupfer mit zuckenden Kräften füllten, Da kappte der Jylop die schiefenden Bremsen und bonnete hemmungslos in die Runde und schnob und brüllte, von Fesseln befreit, seinen Sackgelang in die Ewigkeit.

Jedes Rad und jedes Rad, das sich heut zu drehen hat, singt für sich den Sackgelang, trübsicht den Hag sein Leben lang.

Jedes Rad und jedes Rad, das sich heiß gelaufen hat, lang für sich den Sackgelang, tief im Hag sein Leben lang.

Jedes Rad und jedes Rad, das sich neu gebildet hat, singt den alten Sackgelang, abermals sein Leben lang.

Jedes Rad und jedes Rad, trübsicht für euch sich wund und matt, singt für euch den Sackgelang, haßt für euch sein Leben lang.

Jedes Rad und jedes Rad, wartet nur auf eure Tat, wartet, bis das Werk gelang und die Sackentette sprang.

Jedes Rad und jedes Rad, freut sich eurer Zukunftszeit. Leute, singt den Sackgelang, singt ihn euer Leben lang, singt ihn, bis die Kette sprang!

So raste in rollendem Rhythmus der Stahl und das Eisen. Der Ekane am sprühenden Schalthrett hörte das Lied und brüllte gegen den braulenden Darm: Dann sind wir Diener am Werke der eigenen Erlösung!

Totale Mondfinsternis!

Am 8. Dezember 1927.

Die letzte Finsternis des ziemlich finsterrichen Jahres 1927, das insgesamt drei Sonnen- und zwei Mondfinsternisse gebracht hat, findet am kommenden Donnerstag, den 8. Dezember, statt und gewährt uns nach mehr als 3 1/2 Jahren wieder einmal das Schauspiel einer totalen Bedeckung unseres Trabanten.

Am 8. Dezember geht der Mond um 4 Uhr nachmittags am nordöstlichen Himmel auf; knapp eine Stunde später, um 4 Uhr 52 Minuten mitteleuropäischer Zeit beginnt das himmlische Schauspiel mit dem Eintritt des Mondes in den Erdschatten, und zwar am Ostrand, also, vom irdischen Beschauer aus gesehen, an der linken Seite des Trabanten.

Die Gefahr der Tuberkulose ist ja überhaupt heutzutage die schwerwiegendste und größte Gefahr bei allen Arbeitern, die in feuchter und schlechter Luft zu arbeiten haben.

Die Gefahr der Tuberkulose ist ja überhaupt heutzutage die schwerwiegendste und größte Gefahr bei allen Arbeitern, die in feuchter und schlechter Luft zu arbeiten haben.

Die Gefahr der Tuberkulose ist ja überhaupt heutzutage die schwerwiegendste und größte Gefahr bei allen Arbeitern, die in feuchter und schlechter Luft zu arbeiten haben.

Die Gefahr der Tuberkulose ist ja überhaupt heutzutage die schwerwiegendste und größte Gefahr bei allen Arbeitern, die in feuchter und schlechter Luft zu arbeiten haben.

Titel-Anekdoten.

Ein sehr vornehmer, spanischer Ritter, der eine lange Reise machte, klopfte am Mitternacht an die Tür des Gasthofes in einem kleinen Städtchen. Nach langem Klopfen zeigte sich die Türspalte des verschlafenen Wirtes am Fenster. „Wer ist dort?“ rief seine brummige Stimme.

